

# **Dokumentation**

**2015**

- **Presseberichte (Auswahl)**
- 
- **Namensbeiträge (Auswahl)**
- 
- **Reden (Auswahl)**

**Johannes Singhammer**

**Vizepräsident des Deutschen Bundestages**

**GASTKOMMENTAR**

An dieser Stelle bitten wir wechselnde Kolumnisten um ihren Widerspruch zu einer provokanten These. Heute: Johannes Singhammer zur Debatte über ein Zuwanderungsgesetz.

Nein, Deutschland braucht KEIN Zuwanderungsgesetz, sondern im Gegenteil eine Begrenzung der Zuwanderung ausgerichtet an unseren nationalen Interessen!

Die Bundesrepublik ist ein offenes Land und das zweitbeliebteste Zielland weltweit. Nur die großen Vereinigten Staaten von Amerika mit ihrer riesigen Fläche haben mehr Zuwanderer. 2013 sind fast so viele Menschen nach Deutschland zugewandert, wie Nürnberg Einwohner hat. Rund 60 Prozent davon aus EU-Staaten, für die alle die europäischen Freizügigkeit gilt. Mit der sogenannten blauen Karte können Abade-

mische Fachkräfte zu uns kommen aus allen Ländern der Welt. Mit nur drei Punkten als Voraussetzung: Hochschulabschluss, Arbeitsvertrag und Mindestgehalt. Da müsste doch jede offene Stelle bei unseren Unternehmen und Betrieben die benötigte Arbeitskraft auf dem weltweiten Markt finden.

Völlig unabhängig davon unterstützt Deutschland Menschen, die verfolgt werden, mit einem international einzigartigen Asylrecht. Und die humane Verpflichtung geht noch darüber hinaus: auf meine Anfrage hin hat mir das Bundesinnenministerium mitgeteilt, dass derzeit mehr als 600 000 Ausländer im Ausländerzentralregister erfasst sind, die im Verlauf der letzten Jahre oder Jahrzehnte ein Asylverfahren erfolglos durchlaufen haben oder deren Flüchtlingsschutz zeitweilig widerrufen/zu-

rückgenommen wurde oder erloschen ist, die aber gleichwohl in Deutschland leben. Das bedeutet, wer es schafft, die Grenze nach Deutschland zu überschreiten oder eine Schleusung zu bezahlen, er-

**„Deutschland braucht ein Zuwanderungsgesetz“**

**EINSPRUCH!**

Von Johannes Singhammer



reicht meist ein Aufenthaltsrecht, egal ob ihm Asyl gewährt wird oder nicht.

Wer aber zusätzlich weitere Zuwanderung will, muss folgende Fragen beantworten können:

1. Wo sollen die weiteren Zuwanderer wohnen? In der Landeshauptstadt München sind aktuell 8300 Wohnungssuchende mit der höchsten Dringlichkeitsstufe gemeldet, und fast 1000 Münchner Kinder sind von Wohnungslosigkeit betroffen.

2. Wie funktioniert Integration? Die Integrationsfähigkeit ist von Kommune zu Kommune unterschiedlich: In der bayerischen Landeshauptstadt haben nach der Definition des statistischen Bundesamtes 49 Prozent der Jugendlichen unter 18 Jahren einen Migrationshintergrund. In Feldkirchen-Westerham nur 20,2 Prozent. 61,5 Prozent der unter Fünfjährigen haben in Dingolfing Migrationshintergrund, in Gröbenzell nur 20,3 Prozent.

Wie kann eine regional ausgewogene und faire Verteilung der Zuwanderer durchgesetzt werden, damit

die Integrationsbedingungen überall gleich günstig sind? Wenn deutsche Kinder in einer Minderheitenposition sind, wäre das für einen Integrationserfolg nur die zweitbeste Lösung.

Richtig ist, dass die Menschen mit deutschem Pass in unserem Land immer weniger Kinder bekommen. Im vergangenen Jahr starben 200.000 Menschen mehr, als Babys auf die Welt kamen. Aber zu Ende gedacht, kann eine immer höhere Dosis an Zuwanderung die demografische Katastrophe nicht lösen. Ohne mehr Kinder in Deutschland wäre immer mehr Zuwanderung nötig. Notwendig ist daher vielmehr ein Marshallplan für mehr Kinderfreundlichkeit.

Johannes Singhammer (CSU) aus München ist Bundesstags-Vizepräsident.

Fremde Federn: Johannes Singhammer

## Mehr Mut zur deutschen Sprache

**D**enn wer die deutsche Sprache beherrscht, wird einen Schirmel beschreiben und dabei doch das Wort „weiß“ vermeiden können“, schrieb Kurt Tucholsky.

Die deutsche Sprache hält unser Land zusammen. Globale Vernetzung und Einwanderung machen es notwendiger, die deutsche Sprache in allen Lebensbereichen zu nutzen. Teile der deutschen Elite unternehmen in einer seltsamen Abgehobenheit manches, um ihr erlerntes Oxford-Englisch zu dokumentieren. Mit merkwürdigen Ergebnissen: Da lädt eine Bank, die sich „Deutsche“ nennt, zu wichtigen Veranstaltungen in die Bundeshauptstadt ein mit dem Hinweis, dass ausschließlich Englisch gesprochen wird. Der Präsident der Technischen Universität München beabsichtigt gegen den Rat der Studentenvertretung, Masterstudiengänge in München ab 2020 zwingend ausschließlich in Englisch durchzuführen. Und der FDP-Europaabgeordnete Alexander Graf Lambsdorff vollendet konsequent: „Englisch muss in Deutschland Verwaltungssprache werden.“ Also amtlich soll in Deutschland künftig nur noch das gelten, was in Englisch formuliert, gesprochen oder publiziert wurde.

Die Begründung ist immer dieselbe: In einer globalisierten Welt versteht Deutsch ohnehin keiner mehr, man müsse sich anpassen. Was gutausgebildete Teile der deutschen Elite praktizieren – nämlich Deutsch immer weniger zu nutzen –, machen viele Einwanderer schon seit langem. Für sie ist ihre Herkunftssprache das Verständigungsmittel. Das bayerische statistische Landesamt teilte vor kurzem mit, dass in 15 Prozent der Familien überwiegend nicht deutsch gesprochen wird. Ob die Kinder oder die Eltern in diesen Familien sich in der deutschen Gesellschaft sprachlich zu rechtfertigen, weiß niemand. Angesichts dieser Dramatik mutet es eher als Rand-

notiz an, wenn der Deutsche Bundestag seit Jahren hartnäckig, aber mit überschaubarem Erfolg dafür kämpft, dass zumindest alle Texte der EU-Kommission im deutschen Parlament gleichzeitig und in antlicher deutscher Übersetzung vorliegen müssen. Weil sonst ein schwieriger Fachenglisch-Finanztext mit Milliardenhaftung deutscher Steuergelder kaum beratungsfähig ist. Kritik daran wird wahlweise als populistisch, deutsch-tümelnd oder verpöfft abgebügelt.

Tatsächlich aber braucht Deutschland seine Sprache nicht weniger, sondern mehr, um echte Integration gelingen zu lassen. Einwanderer zu ermutigen und zu fördern, Deutsch zu lernen und anzuwenden, vermeidet Parallelsprachen und buchstäbliches wechselseitiges Unverständnis. Englisch als elitäre Esperanto-Offizialsprache in Wissenschaft oder Verwaltung zu implementieren und Deutsch als Freizeitsprache zu verzweigen heißt, neue Gräben zwischen international erfahrenen Vielfliegern und Normalmenschchen in Deutschland zu graben. Zudem mutet es seltsam an, wenn sich manche Wissenschaftler vehement für Diversität und Artenvielfalt in der Umwelt einsetzen, aber die Sprachenvielfalt gerne der Einheitssprache Englisch opfern wollen.

Statt durch selbsterfüllende Prophezeiung Deutsch als Wissenschaftssprache bewusst abzuwerten, ist es richtig, die Chancen unserer Sprache, gerade auch im Ingenieurbereich, zu nutzen. Warum wollen Tausende ausländischer Studenten in Deutschland Deutsch studieren? Weil sie die Exzellenz der Wissenschaft in unserem Land auch über die Sprache erfahren wollen. Deutsch ist attraktiv für ausländische Studierende. Das Institut für Deutsch als Fremdsprache der Ludwig-Maximilians-Universität München berichtet über stark steigende Nachfrage von Studierenden aus allen Konti-

nenten für die deutsche Sprache.

Noch – denn vor wenigen Tagen bei einem Besuch in Kasachstan war das Menetekel schon zu besichtigen: Junge Kasachen, die bisher Deutsch lernten, weil sie in Deutschland studieren wollen, üben sich jetzt in Englisch. Wenn an deutschen Universitäten auf Englisch unterrichtet wird, warum Deutsch lernen? Und die nächste Frage liegt damit auf der Hand: Warum dann überhaupt noch in Deutschland studieren? Deutschland verliert an Attraktivität und die deutsche Wirtschaft damit an späteren Kunden aus dem Ausland.

Um böswilligen Unterstellungen vorzubeugen: Selbstverständlich ist es vorteilhaft und muss Bildungsziel bleiben, dass junge Menschen in Deutschland möglichst viele Fremdsprachen lernen und auch beherrschen. Aber für unser Land ist es wichtig, die identitätsstiftende Kraft der gemeinsamen Sprache nicht mutwillig zu schwächen. Unser Europa ist gelebte Vielheit auch der Sprachen, und viele der Mitgliedstaaten der Europäischen Union schöpfen ihre Identität aus ihren nationalen Sprachen. Ein Europa der Herzen kann ohne Respekt gegenüber den nationalen Sprachen nicht wachsen. Deshalb sollten Deutschland und Frankreich alles tun, damit in den beiden Ländern die Sprache des jeweiligen Nachbarn mehr gelehrt und verstanden wird. Der Deutsche Bundestag hat sich in einer Vielzahl von Resolutionen und Abstimmungen für unsere Muttersprache eingesetzt, und das ist gut so. Manche Kollegen des Bundestages stimmen schon seit einiger Zeit mit ihren Terminkalendern für die deutsche Sprache ab. Wenn in der Bundeshauptstadt bei offiziellen Einladungen ausschließlich Englisch gesprochen wird, muss man auf sie verzichten. Das hat etwas Selbstverständliches. Der Autor ist Vizepräsident des Deutschen Bundestages (CSU).

# Grundrechte können nicht verrechnet werden

Der Münchner Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer (CSU) warnt davor, der Türkei zu sehr entgegenzukommen

München - Über den Fortschrittsbericht der EU-Kommission zur Türkei hat unsere Zeitung mit Johannes Singhammer (CSU) gesprochen, dem Vizepräsidenten des Bundestags.

**Herr Singhammer, wie bewerten Sie die Ergebnisse des EU-Fortschrittsberichts für die Türkei?**

Der Fortschrittsbericht ist ein Rücktrittsbericht. Vor allem was Grundrechte und Meinungs- und Pressefreiheit, der Religionsfreiheit und der Versammlungsfreiheit entfernt sich die Türkei von der EU, anstatt sich ihr zu nähern. Deshalb stellt sich die Frage, ob jetzt wirklich der richtige Zeitpunkt gekommen ist, den EU-Beitrittsprozess der Türkei zu beschleunigen.



Johannes Singhammer spricht sich gegen einen EU-Beitritt der Türkei aus

**Sie glauben das nicht? Die Türkei macht wirtschaftlich große Fortschritte, sie leistet bei der Flüchtlingsunterbringung Hervorragendes. Ich sage aber: Die Grundwerte der EU können nicht verrechnet werden mit einem Entgegenkommen der Türkei in der Flüchtlingskrise. Die EU würde dann ja sagen: Die**

**Grundwerte sind uns nicht ganz so wichtig, Pragmatismus ist wichtiger. Auch die EU-Kommission lobt die großen Anstrengungen der Türkei in der Flüchtlingsfrage ausdrücklich. Und das ist in Ordnung. Wir müssen die Türkei dabei ja**

**auch finanziell unterstützen. Aber ein falsches Signal hinsichtlich der Grundwerte auszusenden, das ist fatal. Genau so halte ich es für falsch, die Visums-Pflicht für türkische Staatsbürger abzuschaffen.**

**Wie könnte es denn dann gehen? Wir können mit der Türkei zu guten Ergebnissen kommen, indem wir sie finanziell unterstützen.**

**Und mehr ist nicht notwendig? Man kann die Zusammenarbeit ausbauen, zum Beispiel in der Nato. Und es gilt das Angebot der privilegierten Partnerschaft mit der EU. Aber: keine Vollmitgliedschaft.**

## Trotz Kritik: EU will mehr Zusammenarbeit mit Beitrittskandidat Türkei

In ihrem neuen Türkei-Bericht übt die EU scharfe Kritik an der Politik des islamisch-konservativen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan. Trotz offensichtlicher Menschenrechtsverstöße und mangelnder Rechtsstaatlichkeit will Brüssel die Zusammenarbeit mit dem EU-Beitrittskandidaten aber ausweiten. Auch die Kooperation mit sechs in die EU strebenden Westbalkanstaaten soll verstärkt werden.

„Die derzeitige Flüchtlingskrise zeigt, welche Bedeutung einer engen Zusammenarbeit zwischen der EU und den Ländern in Südosteuropa zukommt“, erklärte der zuständige EU-Kommissar Johannes Rahm am Dienstag zur Veröffentlichung von sogenannten Fortschrittsberichten zur Lage in Ländern, die sich um eine EU-Mitgliedschaft bemühen. Der Erweiterungsprozess sei zudem ein äußerst wirksames Instrument zur

Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte in diesen Ländern. Der neue Bericht zur Lage in der Türkei fällt gerade in diesen Bereichen allerdings desaströs aus. Der EU war zuletzt vorgehalten worden, über Probleme hinwegzusehen, um in der Flüchtlingskrise besser mit der Türkei zusammenarbeiten zu können. So soll die Kommission den Bericht bewusst bis nach der Wahl zurückgehalten haben. dpa

Interview: Sebastian Horsch

# „Es geht nicht um Ressentiments“

Vize-Bundestagspräsident Singhammer (CSU) über Pegida, deutsche Asylpolitik und die bayerische Sprache

**Herr Singhammer, geht es nicht auch etwas weniger laut?**

Was heißt hier laut? Die CSU ist immer für klare Aussprache. Und beim Thema Asyl haben wir sehr verantwortungsbewusste Worte gewählt.

**Ihre Partei will Asylverfahren beschleunigen und Aufweisungen erleichtern. Sie stehen für die Maut für Ausländer, für „Wer betriegt, der fliegt“ und – vorübergehend – für eine Deutschpflicht für Zuwanderer auch zu Hause. Das ist schon ein Grundton, der Ressentiments bedient.**

Ganz klar: Nein. In Deutschland wird derzeit vor allem über Flüchtlinge und Asyl diskutiert. Es wäre ein Versäumnis für eine Partei, dann darüber nicht zu reden und keine Vorschläge zur Verbesserung der Lage zu machen. Es geht nicht um Ressentiments, sondern um Lösungen. Und die Diskussion in Kreuth wird sich ja nicht auf das Thema Asyl beschränken. Wir beraten auch über andere entscheidende Themen, wie etwa die Aufwertung der beruflichen Ausbildung gegenüber der akademischen oder über die internationale Sicherheit.

**Die Asyldebatte kommt auch von den Pegida-Demonstrationen. Muss man auf die Demonstranten zugehen?**

Man muss genau hinsehen und differenzieren: Was grundfalsch ist, bleibt auch grundfalsch, zum Beispiel völlig ungerechtfertigter Antiamerikanismus. Aber es wäre problematisch, alle Demonstranten ausnahmslos pauschal zu politisch Aussätzigen zu stempeln. Wir müssen uns mit deren Sorgen auseinandersetzen.

**Und wenn Sie das Asylrecht ändern, haben die Leute keine Zukunftssorgen mehr?**

Wir wollen die Verfahren beschleunigen. Und wir müssen überprüfen, wie sich die Aufhebung der Residenzpflicht und die Erleichterung der Arbeitsaufnahme für Asylbewerber in den Ballungsräumen auswirken. Wir haben den Aufenthalt für Flüchtlinge ja nicht erschwert, sondern menschenwürdiger gemacht.

**Irritiert es Sie nicht, dass die katholische Kirche ihre Forderungen als zu pauschal ablehnt?**

Ich sehe keine Differenzen. Die CSU bekennt sich zur Aufnahme von Flüchtlingen, gerade auch der christlichen Flüchtlinge aus Syrien und aus dem Irak.

**Die Forderung nach Deutsch am Küchentisch hat die CSU nach massivem Protest entschärft. War das richtig?**

Wir haben das so formuliert, dass es keine Missverständnisse gibt. Dass die deutsche Sprache entscheidend für Integration ist, bestreitet wohl keiner.

**Sie wollen die deutsche Sprache auch in den Brüsseler Amtsstuben mehr vertreten sehen.**

Ja. Immer mehr Dokumente kommen aus Brüssel nur noch auf Englisch nach Berlin. Allein seit Beginn dieser Wahlperiode, also innerhalb eines Jahres, waren 468 Arbeitsdokumente in 699 zugeleiteten Dokumenten nicht übersetzt. Die Folge ist, dass es immer öfter dazu keine Stellungnahme des Bundestags mehr gibt, weil die Kolleginnen und Kollegen in den Ausschüssen keine englischen Fachtexte beraten wollen. Die Mitwirkungsrechte des Bundestags bei europäischen Gesetzgebungsverfahren werden zunehmend eingeschränkt.

**Verstehen Bundestagsabgeordnete denn kein Englisch?**

Lesen Sie mal einen Fachtext zum

Europäischen Rettungsfonds auf Englisch. Da bräuchte man schon fantastische Kenntnisse. Aber Englisch wird doch in Deutschland zunehmend zur Gewohnheit.

Stimmt, die deutsche Elite drückt sich gerne auf Englisch aus, insbesondere in der Wissenschaft. Manche Masterstudiengänge gibt es nur noch in Englisch. Das ist ein falscher Weg. Deutschland gibt Millionen aus, um ausländischen Studenten das Erlernen der deutschen Sprache zu ermöglichen – damit sie in Deutschland studieren können. Die kommen dann hierher und stellen fest: Das Deutschlernen war völlig unnötig, sie hätten sich lieber ums Englische bemühen sollen.

**Die Übersetzung von EU-Dokumenten ins Bayerische fordern Sie aber nicht?**

Bayerisch ist eine echte europäische Sprache. Für bayerische Politiker sind Grundfertigkeiten in Alt-bayerisch, Schwäbisch und Fränkisch unverzichtbar. Das heißt: Bayern ist schon mehrsprachig.

**Welchen bayerischen Begriff legen sie allen ans Herz?**

Beinand sitzen. Das beschreibt das entspannte Zuhörenkönnen, das aufeinander Eingehen, das Gegenteil von Fremdein- und Abgrenzen. Und es bedeutet, dass man es auch mal wieder gut sein lässt – also dass man nichts überreibt.

Interview: Daniela Vates

Johannes

Singhammer verteidigt vor der CSU-Klausur in Wildbad Kreuth die „klare Sprache“ seiner Partei.

HOME ([HTTPS://WWW.BAYERNKURIER.DE](https://www.bayernkurier.de)) > INLAND ([HTTPS://WWW.BAYERNKURIER.DE/INLAND](https://www.bayernkurier.de/inland)) > Singhammer: „Das Gebot ‚Du sollst nicht töten‘ gilt uneingeschränkt“

01.07.2015 | 11:09 Uhr

Sterbehilfe

## Singhammer: „Das Gebot ‚Du sollst nicht töten‘ gilt uneingeschränkt“

**Interview – Am Donnerstag debattiert der Deutsche Bundestag über die gesetzliche Neuregelung der Sterbehilfe. Mehrere sehr unterschiedliche Gesetzentwürfe liegen auf dem Tisch.**

**Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer (CSU) hat viele solcher komplizierter Debatten zu ethischen Themen maßgeblich geprägt, unter anderem zur Frage der Spätabtreibungen. Wolfram Göll hat ihn befragt.**



Das Kreuz, das christliche Symbol für den Übergang vom Leben zum Tod. Dieses Kreuz steht am Islinger Feld, der sogenannten Papstwiese bei Regensburg. (Bild: Fotolia/Johannes Müller)

**Bayernkurier: An diesem Donnerstag wird die gesetzliche Regelung der Sterbehilfe in Erster Lesung debattiert. Die Abgeordneten sind ausdrücklich nur ihrem Gewissen unterworfen, Fraktionszwang gibt es dabei nicht. Sie selbst beschäftigen sich schon seit vielen Jahren intensiv mit diesen grundsätzlichen ethischen Fragestellungen, bei denen es buchstäblich um Leben und Tod geht, unter anderem die Abtreibung und Spätabtreibung. Wie bewerten Sie die bisherige Diskussion zur Sterbehilfe?**



Johannes Singhammer: Die Menschen in Deutschland können eine sachliche und ernsthafte Auseinandersetzung um die letzten Dinge miterleben. Die CSU hat als einzige Partei mit großen Mut auf ihrem letzten Parteitag eine offene und grundsätzliche Debatte geführt und als Ergebnis einen eindeutigen Beschluss gefasst. Der Antrag des Bundestageskollegen Brand enthält die wesentlichen Kernpunkte des CSU-Parteitagbeschlusses.

([https://www.bayernkurier.de/wp-content/uploads/2015/07/Johannes-Singhammer\\_Henning-Schacht.jpg](https://www.bayernkurier.de/wp-content/uploads/2015/07/Johannes-Singhammer_Henning-Schacht.jpg))

Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer.  
(Bild: Henning Schacht)

**Bayernkurier: Die Forderung, das flächendeckende Angebot an Sterbebegleitung, also Palliativ- und Hospizversorgung, zu verbessern, dürfte wohl Konsens bei den allermeisten Abgeordneten sein. Daher steht dieses Thema als eigenständiger Gesetzentwurf neben der engeren Frage der Sterbehilfe, wird aber beinahe gleichzeitig verhandelt. Sind Sie mit dem betreffenden**

### **Entwurf aus dem Hause Gröhe zufrieden?**

Singhammer: Der Entwurf von Gesundheitsminister Gröhe enthält die richtigen Weichenstellungen. Sterbebegleitung ohne nachprüfbar Verbesserungen der Palliativ- und Hospizversorgung wäre für die meisten Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag unvollständig und fehlerhaft. Deshalb erwarte ich eine Mehrheit für diesen eigenständigen Gesetzentwurf, der allerdings am selben Tag wie die Sterbebegleitung in den Deutschen Bundestag eingebracht wird, und noch in diesem Jahr verabschiedet werden soll.

### **Bayernkurier: Zur eigentlichen Streitfrage der Sterbehilfe: Juristen sagen, so lange Suizid straffrei ist, muss oder auch die Beihilfe dazu straffrei sein. Stimmen Sie dem zu?**

Singhammer: Richtig ist, dass der Suizid straffrei ist, aber gleichzeitig gilt in Deutschland ein Verbot der aktiven Sterbehilfe gemäß § 216 StGB. Das Gebot „Du sollst nicht töten“ gilt uneingeschränkt. Deshalb ist es selbstverständlich rechtlich zulässig, Sterbebegleitung in den Fällen gesetzgeberisch zu regeln, wo es erkennbare Fehlentwicklungen gibt. Ein wachsendes Angebot von geschäftsmäßiger Suizidbeihilfe mit den Sterbende unter Druck gesetzt werden könnten, ist eine solche Fehlentwicklung. Eine weitere gesellschaftliche Ausbreitung könnte den fatalen Anschein einer Normalität hervorrufen, die Menschen zur Selbsttötung verleitet. Aus Gründen des Integritäts- und Autonomieschutzes jedes Einzelnen muss aber genau dies bei Kranken oder sterbenden Menschen vermieden werden.

### **Bayernkurier: Wie stehen Sie zu der Frage des ärztlich begleiteten Suizids, der im Hintze-Lauterbach-Wöhrl-Entwurf unter bestimmten Bedingungen ausdrücklich straffrei gestellt werden soll? Dagmar Wöhrl (CSU) hat kürzlich hier im Bayernkurier argumentiert, das Strafrecht habe am Sterbebett nichts verloren. (<https://www.bayernkurier.de/inland/3049-kein-strafrecht-am-sterbebett>)**

Singhammer: Das Gebot „Du sollst nicht töten“ gilt uneingeschränkt – selbstverständlich auch für Ärztinnen und Ärzte. Ihre vornehmste Aufgabe ist es, Kranken zu helfen, Schmerzen zu lindern, nicht Leben zu beenden – selbst wenn dies Patienten von ihrem Arzt verlangen. Eine große Mehrheit der Ärzte hält das auch für richtig.

### **Bayernkurier: Sollten die ärztlichen Standesregeln bundesweit vereinheitlicht werden? Zum Beispiel das bayerische Standesrecht verbietet ärztliche Beihilfe zum Suizid nicht ausdrücklich.**

Singhammer: Das 3000 Jahre alte ärztliche Standesrecht, der sogenannte hippokratische Eid, ist eindeutig: „Ich werde niemandem ein tödlich wirkendes Gift geben und auch keinen Rat dazu erteilen.“ Wenn das bayerische Standesrecht nicht ausdrücklich die Beihilfe zum Suizid verbietet, heißt das nicht, dass die Beihilfe wäre erlaubt oder gar geboten. Aus der bayerischen Regelung auf eine rechtliche zulässige Erlaubnis der ärztlichen Beihilfe zum Suizid zu schließen, wäre völlig falsch. Eine bundeseinheitliche Regelung hätte sicherlich Vorteile.

### **Bayernkurier: Der interfraktionelle Brand-Griese-Frieser-Entwurf will die geschäftsmäßige oder gar kommerzielle Beihilfe zum Suizid, etwa durch Sterbehilfe-Vereine wie in der Schweiz, strafrechtlich verbieten. Gleichzeitig soll die Suizid-Beihilfe durch Angehörige straffrei bleiben.**

(<https://www.bayernkurier.de/inland/2869-angehoerige-straffrei-stellen-sterbehilfe-vereine-verbieten>) Wie sehen Sie das?

Singhammer: Jedes Eigeninteresse der Suizidhelfer ihr Geschäftsmodell „umzusetzen“ und ihre Dienstleistungen anzubieten, soll verboten werden: Eine Klarstellung, ein Fortschritt, der eine rechtliche eindeutig nachvollziehbare Verbesserung bringt. Bei Angehörigen lassen sich die unterschiedlichsten Sachverhalte kaum in eindeutige Gesetzesregelungen gießen und dann auch noch rechtlich umsetzen. Gesetze zu schmieden, die in der Praxis wenig Wahrscheinlichkeit haben, umgesetzt zu werden, macht wenig Sinn.

**Bayernkurier: Nun liegen fünf sehr unterschiedliche Vorschläge auf dem Tisch des Hohen Hauses. (<https://www.bayernkurier.de/inland/3078-begleitung-auf-dem-letzten-weg>) Wenn Sie als einer, der schon viele solche schwierige Debatten geführt hat, eine Prognose wagen sollten: Wo könnte am Ende eine Kompromisslinie verlaufen?**

Singhammer: Mittlerweile liegen in der Tat fünf Vorschläge auf dem Tisch. Nicht ohne Bedeutung ist die Reihenfolge der Abstimmungen über die einzelnen Anträge. Ich kann mir vorstellen, dass eine Ächtung der geschäftsmäßigen Suizidbeihilfe eine Mehrheit findet.

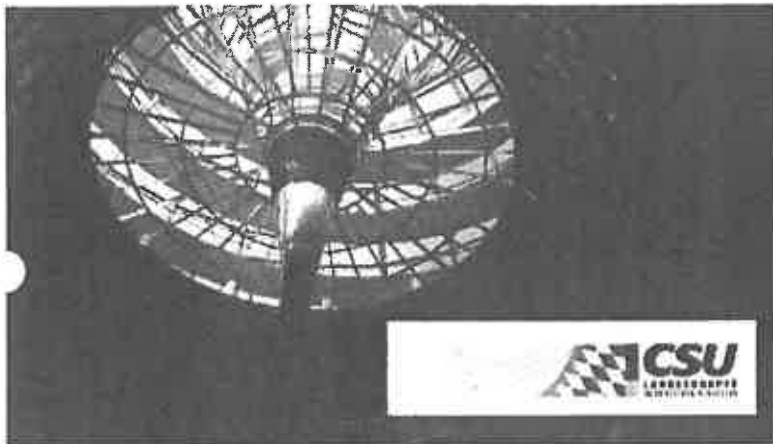
## Artikel teilen




## Tags

[Debatte \(https://www.bayernkurier.de/tag/debatte\)](https://www.bayernkurier.de/tag/debatte)
[Deutscher Bundestag \(https://www.bayernkurier.de/tag/deutscher-bundestag\)](https://www.bayernkurier.de/tag/deutscher-bundestag)
[Johannes Singhammer \(https://www.bayernkurier.de/tag/johannes-singhammer\)](https://www.bayernkurier.de/tag/johannes-singhammer)
[Sterbebegleitung \(https://www.bayernkurier.de/tag/sterbebegleitung\)](https://www.bayernkurier.de/tag/sterbebegleitung)
[Sterbehilfe \(https://www.bayernkurier.de/tag/sterbehilfe\)](https://www.bayernkurier.de/tag/sterbehilfe)

## Verwandte Beiträge



(<https://www.bayernkurier.de/inland/3744-aus-der-landesgruppe-4>)

CSU IM BUNDESTAG ([HTTPS://WWW.BAYERNKURIER.DE/INLAND/3744-AUS-DER-LANDESGRUPPE-4](https://www.bayernkurier.de/inland/3744-aus-der-landesgruppe-4))

Aus der Landesgruppe (<https://www.bayernkurier.de/inland/3744-aus-der-landesgruppe-4>)



TZ München vom 08.12.2015

# Botschaft des Papstes ist radikal

Wenn heute in Rom das Heilige Jahr der Barmherzigkeit beginnt, dann sind auch sechs Bundestagsabgeordnete dabei, darunter der Münchner CSU-Politiker Johannes Singhammer (62). Die tz erreichte ihn auf dem Weg zum Petersplatz.



**tz-Interview mit Johannes Singhammer**  
Bundestags-Vizepräsident

Die Pförte werden einem die Sünden erlassen. Ist das für Sie persönlich wichtig?

Singhammer: Auf jeden Fall. Das ist sicher für jeden Christen von Bedeutung. Aber auch für viele Nichtchristen wird das heute – wenn sich die Heilige Pförte öffnet – ein sehr anregender Moment sein, weil dadurch ja eine universale Botschaft verkündet wird, die mit dem Frieden zu tun hat, den wir alle ganz dringend brauchen.

Um was geht es bei den Gesprächen?

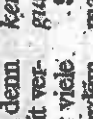


Singhammer: Enger Kontakt zum Vatikan ist wichtig, denn die Kirche ist ja weltweit vertreten und verfügt über viele Informationen. Außerdem steht das Heilige Jahr unter dem Motto Barmherzigkeit. Wer die Kriege, die Vertreibungen und Flucht sieht, der kommt nicht umhin zu sagen: Es ist dringend angebracht, darüber nachzudenken, wie man Unfrieden und Krieg für Frieden besetzigen kann.

Singhammer: Wir haben erst Gespräche mit Kurien-

Singhammer: Die Botschaft, die er verkündet, ist radikal. Auch Barmherzigkeit ist radikal. Aber bei uns wird ja vielfach Erfolg oder Durchsetzungsfähigkeit als Glücksmoment dargestellt. Barmherzigkeit ist ja das Gegenteil davon.

Herr Singhammer, wie ist die Stimmung in Rom?

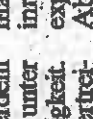


Singhammer: Ich vermute mal, dass sich der Papst zu innenpolitischen Themen so explizit nicht äußern würde. Aber wir kennen seine Haltung. Er fordert Barmherzigkeit gegenüber Flüchtlingen. Aber er lässt der Politik auch den Freiraum, das zu tun, was notwendig ist.

Singhammer: Sehr offen. Zu radikal?

Singhammer: Franz Josef Strauß hat einmal gesagt: Es wäre vermessen, christliche Politik gestalten zu wollen. Der Anspruch sei viel zu hoch. Es ist aber sehr wohl notwendig, Politik aus christlicher Verantwortung gestalten zu wollen.

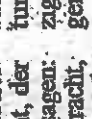
Wie sieht Ihr Programm aus?



Singhammer: Sehr offen. Zu radikal?

Singhammer: Sehr offen. Zu radikal?

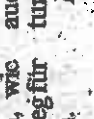
Wie sieht Ihr Programm aus?



Singhammer: Sehr offen. Zu radikal?

Singhammer: Sehr offen. Zu radikal?

Wie sieht Ihr Programm aus?



Singhammer: Sehr offen. Zu radikal?

Singhammer: Sehr offen. Zu radikal?



# Den Angehörigen folgen

Zum Familiennachzug für Flüchtlinge gibt es noch erheblichen Klärungsbedarf in der Koalition. Deshalb verzögert sich die neue Asylgesetzgebung bis weit ins neue Jahr hinein.

VON CORDULA EUBEL, ALBERT FUNK  
UND RAINER WORATSCSKA

BERLIN - Die Verzögerung bei der Umsetzung des neuesten Asylpakets der großen Koalition verärgert die CSU. Da das Kabinett wegen der noch bestehenden Differenzen innerhalb der Bundesregierung am Dienstag keinen Beschluss fassen konnte, wird sich das Verfahren in Bundestag und Bundesrat mindestens bis in den Februar hinziehen. CSU-Generalsekretär Andreas Schöberl machte dafür die SPD verantwortlich. Aus Sicht der Sozialdemokraten sind trotz der Vereinbarung des Koalitionsgipfels Anfang November noch einige Punkte strittig – vor allem aber geht es um den Familiennachzug bei Flüchtlingen, die ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht in Deutschland bekommen.

Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer (CSU) pocht angesichts der hohen Flüchtlingszahlen auf das Aussetzen des Flüchtlingsnachzugs. Es sei „nicht verantwortbar, einen weiteren Familiennachzug zuzulassen und gleichzeitig nicht zu wissen, wo diese Menschen wohnen sollen“, sagte er dem Tagesspiegel. Auch der Bedarf an Kita-Plätzen, bei dem der Familiennachzug noch gar nicht eingerechnet sei, zeige, dass die Situation „so nicht zu bewältigen ist“. Das Bundesinnenministerium rechnet allein für dieses Jahr damit, dass rund 70 000 Kitaplätze zusätzlich nötig seien und damit 9000 zusätzliche Vollzeitstellen für Betreuer. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) geht in der Antwort auf eine Anfrage Singhammers, die dem Tagesspiegel vorliegt, auch davon aus, dass 2016 durch den

Flüchtlingszuzug bis zu 465 000 zusätzliche Hartz-IV-Berechtigte zu erwarten sind. Die Kita-Schätzungen des Innenministers beruhen auf der Annahme, dass bei 800 000 Flüchtlingen nach bisherigen Erfahrungen „rund 110 000 Kinder unter sieben Jahren zu erwarten“ seien. Bei einer Zielbetreuungsquote von 30 Prozent für Kinder unter drei Jahren und 90 Prozent für ältere Kinder komme man auf den geschätzten Zusatzbedarf von 70 000 Plätzen. Bundesweite Prognosen für Schulplätze und entsprechenden Lehrerberuf gebe es nicht, solche Schätzungen würden in den Ländern vorgenommen.

Zu dem von der CSU geforderten Aussetzung des Familiennachzugs bleibt das Innenministerium jedoch vage. Hierzu gebe es keine verlässlichen Zahlen, teilte de Maizière mit. Schätzungen aus der CSU, wonach auf einen Flüchtling drei Nachzugsberechtigte, also auf derzeit 200 000 syrische Flüchtlinge noch einmal 600 000 Familienangehörige kämen, seien aber „deutlich zu hoch“. Schließlich sei es unwahrscheinlich, dass alle anerkannten Flüchtlinge Nachzugsansprüche geltend machten. Aufgrund des Flüchtlingsanstroms sei aber gleichwohl von einer „erheblichen Zahl an nachzugsberechtigten Familienangehörigen“ auszugehen.

Die Koalition hatte Anfang November beschlossen, dass Anträge auf Familiennachzug in allen Fällen für zwei Jahre ausgesetzt werden, in denen Flüchtlinge nur subsidiären Schutz genießen. Syrer galten zu dem Zeitpunkt jedoch als Bürgerkriegsflüchtlinge gemäß der UN-Flüchtlings-

konvention, die weiterhin Anspruch auf Familiennachzug haben. Nach dem Koalitionsbeschluss ordnete de Maizière jedoch an, dass syrische Flüchtlinge in die Kategorie mit subsidiärem Schutz fallen sollen. Zur Überraschung der Sozialdemokraten. Die SPD trifft sich in der kommenden Woche zu ihrem Bundesparteitag. Wohl auch deswegen verzögert sich die Umsetzung des neuesten Asylpakets.

Die Grünen lehnen eine Beschränkung des Familiennachzugs ab. „Wer Flüchtlinge von ihren Familien trennt, erschwert die Integration in Deutschland und zwingt noch mehr Frauen und Kinder auf lebensgefährliche Fluchtrouten nach Europa“, sagte Parteichefin Simone Peter dem Tagesspiegel. Bereits heute dauere es viele Monate und teils Jahre, bis Familien über Botschaftsverfahren wieder vereint seien. „Die mangelnde personelle Ausstattung der Visastellen rund um Syrien verschärft die menschliche Not und stellt Flüchtlinge vor eine zermürbende Geduldsprobe“, sagte die Grünen-Chefin weiter. „Wir brauchen mehr Botschaftspersonal und mehr sichere Zugangswege durch Bundes- und Landes-Aufnahmeprogramme.“ Um eine Blockade des Asylpakets durch Länder mit grüner Regierungsbeteiligung im Bundesrat zu verhindern, wurde ein heikler Punkt aus dem Paket genommen – die geplante Leistungskürzung für Flüchtlinge bei einem Verstoß gegen die Residenzpflicht. Dem hätten die Länder zustimmen müssen; in der jetzt geplanten Form wäre das Gesetzespaket nicht zustimmungspflichtig.

## Nachzug für Syrer im Schnellverfahren

In vielen Fällen kein Lebensunterhalts- oder Wohnungsnachweis nötig - CSU fordert strengeres Prüfverfahren

München - Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer (CSU) kritisiert die derzeit beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) angewandte Praxis, Asylbewerber teilweise ohne eine persönliche Anhörung als Flüchtlinge aus Syrien anzuerkennen. Besonders, da mit diesem Status Privilegien im Hinblick auf einen Familiennachzug einhergehen, sei das „sehr riskant“, sagte er unserer Zeitung.

Wie aus der Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage Singhammers hervorgeht, können Flüchtlinge, die angeblich aus Syrien zu kommen, eine persönliche Anhörung umgehen, indem sie einen Fragebogen

ausfüllen. „Ist nach Aktenlage eine antragsgemäße Entscheidung möglich, entfällt die Anhörung“, schreibt das Ministerium. Auf diese Weise könnten die Verfahren signifikant beschleunigt werden.

Laut dem Bamf-Geschäftsbericht haben allein von Januar bis September 2015 mehr als 73 000 Menschen aus Syrien einen Asylantrag in Deutschland gestellt. Über mehr als 49 000 dieser Anträge wurde bereits entschieden.

Etwas weniger als 45 000 der Antragsteller wurde in diesem Zeitraum demnach eine Rechtsstellung als Flüchtling zuerkannt. In der Folge bedeutete das zunächst eine Aufenthaltserlaubnis für drei Jahre, schreibt das Bundesinnen-

ministerium. Singhammer äußert seine Bedenken gegenüber dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) und fordert eine strengere Prüfung der Anträge. Er schlägt vor, dass die Bundesagentur für Arbeit einen Nachweis über die Einnahme von Einkünften verlangen sollte. Singhammer fordert auch, dass die Bundesagentur für Arbeit einen Nachweis über die Einnahme von Einkünften verlangen sollte.



Johannes Singhammer,  
Bundestagsvizepräsident  
aus München

chen deutschen Sprachkenntnisse nachweisen.

Angesichts solcher umfassender Rechte müsse das Bundesamt viel genauer prüfen, ob diese den Antragstellern auch tatsächlich zustehen, betont Singhammer. Das bedeutet: ob sie tatsächlich Flüchtlinge aus Syrien sind. Das sei „mühsam, aber unverzichtbar“, warnt er. Auch wenn dafür noch mehr Personal nötig sei. Besonders mit Blick auf die ohnehin bereits großen Schwierigkeiten bei der Unterbringung aller Asylbewerber sei es notwendig, „dass wir die jetzige Rechtspraxis beim Familiennachzug einschränken“, verlangt der Münchner Abgeordnete.

SEBASTIAN HORSCH

## Eine entscheidende Rolle bei der Prävention

Johannes Singhammer (CSU), Vize-Präsident des Deutschen Bundestages, Gesundheits-, Familien- und Verbraucherschutz-Experte, über die Entwicklung digital vernetzter Strukturen im Gesundheitswesen  
**Sie plädieren dafür, neueste Arzneimittel für alle zur Verfügung zu stellen und mehr in die Vorbeugung von Krankheiten zu investieren. Welche Rolle kommt dabei dem digitalen Arbeiten zu?**

Es war immer unser Anspruch den Menschen in Deutschland die neuesten und wirksamsten Arzneimittel zur Verfügung zu stellen und vor allem für die Prävention alles zu tun. Die Informationstechnologie der Gegenwart und noch mehr der Zukunft kann durch die simultane Analyse von vielschichtigen Patientendaten eine entscheidende Rolle dabei übernehmen.

**Wie kann die Politik Innovationen und Initiativen zur Fortentwicklung der sogenannten personalisierten oder Präzisionsmedizin effektiv und nachhaltig fördern?**

Deutschland muss hier die Weltspitze anstreben. Durch die vernetzte Auswertung

unterschiedlichster Daten von den traditionellen Biomarkern der Laboratoriumsmedizin bis hin zu den digitalen Analysen der Bildgebung in CT und MRT muss die Medizin der Zukunft Muster erkennen, die in individueller Form die Krankheitsentstehung und Behandlung verbessern.

**Wo sehen Sie die größten Chancen und Risiken einer völldigitalen Medizin für den Patienten von morgen?**

Die größten Risiken bestehen zweifellos in der unberechtigten Weitergabe oder Nutzung von Daten, die einem Patienten zugerechnet oder zugewiesen werden können. Viele Menschen sind beunruhigt, weil immer wieder Skandale bei Informationsdaten – die mit der Medizin überhaupt nichts zu tun haben – das Vertrauen schwinden lassen, dass Daten auch sicher sind. Andererseits sind die Chancen überzeugend: ein behandelnder Arzt erhält in konkurrenzlos kurzer Zeit ein weitgehend umfassendes Bild seines Patienten. Das ist vor allem bei Notfällen überlebenswichtig. Auch Doppeluntersuchungen kann man sich künftig weitgehend sparen.

# Besuch im Herzzentrum

## Wanka und Singhammer loben »Leuchtturmprojekt«

■ NEUHAUSEN-NYMPHENBURG · Auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Johannes Singhammer hat sich Bundesforschungsministerin Prof. Johanna Wanka am Montag über die herausragende Arbeit des Deutschen Herzzentrums München informiert.

Während des Besichtigung der Kinder-Intensivstation stand im Besonderen der einjährige Maxim, der erst vor wenigen Tagen dank einer extrem schwierigen und weltweit ersten Herz-Operation gerettet werden konnte, auf dem Besichtigungsprogramm.

Wanka und Singhammer konnten darüber hinaus den kardiologischen Hybrid-OP-



Hoch erfreut über die gelungene Herzoperation des kleinen Maxim: Bundesforschungsministerin Prof. Johanna Wanka und Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer

Foto: Deutsches Herzzentrum München

Saal, in dem an diesem Vormittag zwei Patienten eine neue Herzklappe ohne Operation lediglich durch einen Katheter erhalten haben, besichtigten. Darüber hinaus gab es Information in den Herzkatheterlaboren, in denen Herz-

patienten untersucht und infarktpatienten mit modernster Technik – Aufdehnung verengter Herzkranzadern und Einsetzen von Stents – behandelt werden.

MdB Johannes Singhammer: »Das Deutsche Herzzentrum München ist ein Leuchtturm einer praxisorientierten Spitzenforschung und erfolgreichen Spitzenmedizin. Es ist ein weltweit führendes Klinikum mit eigener Forschung zur Weiterentwicklung von Diagnostik- und Therapiekonzepten. Das Deutsche Herzzentrum hat mit der Gründung 1972/73 – als erstes europäisches Herzzentrum – den Ruf Münchens als Medizinhauptstadt mitbegründet. Darauf können wir stolz sein.«

# „Der Euro war nicht der Preis der Einheit“

Ex-Bundesfinanzminister Waigel zieht als Zeitzeuge positive Gesamtbilanz – „Gorbatschow misslingt alles zum Guten“

München – Mitten in der Flüchtlingskrise hat die Münchner CSU den bevorstehenden Gedenkfest der Marathons zu „25 Jahre Deutsche Einheit“ eröffnet. In einem Festakt im Alten Rathausaal belässt es der Münchner CSU-Abgeordnete und Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Johannes Singhammer, in seiner Rede deshalb nicht bei einem historischen Rückblick, sondern schlägt die Brücke zur Aktualität. Deutschland sei 1989/90 „auf der Sonnenseite der Geschichte angekommen“, so Singhammer, „heute spüren wir die Verantwortung, Europa zusammenzuhalten“.

Die Flüchtlingskrise stelle Deutschland wieder vor eine nationale Kraftanstrengung, doch diesmal reiche der nationale Handlungsraum allein nicht mehr aus. „Jetzt



Der Zeitzeuge spricht: Theo Waigel beim Festakt in München. FOTO: SOBNER

minister und CSU-Chef nutzt die Gelegenheit zu einer Art Generalbilanz und einer Abrechnung mit Kritikern von damals wie heute. Mit erkennbarer Genugtuung bewertet Waigel die wesentlichen Weichenstellungen der

Regierung Kohl im Zuge der Deutschen Einheit 1990 als richtig: das Festhalten am Grundgesetz statt einer neuen Verfassung, die Wirtschafts- und Währungsunion, der Einheitsvertrag, das 2 plus 4-Abkommen sowie den Überleitungsvertrag für den Abzug der Roten Armee aus der DDR. Letzterer habe Deutschland übrigens „nur“ 12 Milliarden D-Mark gekostet statt der immer wieder kolportierten 15. Waigel: „Drei Milliarden Mark waren Kredit, der von Moskau vollständig zurückbezahlt wurde.“

Auch andere Irrtümer und „Legenden“ von Beobachtern und Historikern nimmt der Kassenwart der Einheit ins Visier. So habe sich der 1.1-Umtauschkurs bei der Währungsunion lediglich auf Löhne und Renten sowie kleinere Sparguthaben bezogen, stellt Waigel klar und

verteidigt die Entscheidung: „Welcher Mensch wäre denn sonst im Osten geblieben?“ Größere Guthaben seien dagegen im Verhältnis 1:2 und Auslandsverbindlichkeiten der DDR im Verhältnis 1:3 umgestellt worden. Gesamtwirtschaftlich sei die Politik der Bundesregierung also mit 1:1,81 der damaligen 1:2-Umstellungsempfehlung der Bundesbank sehr nahe gekommen.

Eindringlich und mit feiner Ironie kämpft Waigel auch gegen die „Legende“ vom Euro als angeblichen Preis für die Wiedervereinigung. „Der Zeiteuge ist der Todfeind der Historiker“, merkt Waigel an: „Ich war dabei“. Die Grundentscheidungen für den – später so benannten – Euro seien bereits auf dem EU-Gipfel 1988 in Hannover gefallen. Die große Leistung Helmut Kohls habe damals darin be-

standen, den Prozess der europäischen Einigung nicht wegen der deutschen Einheit zu unterbrechen. „Das hat viele Ängste vor Deutschland abgebaut“, erinnert er sich.

Neben der Würdigung der historischen Leistung Helmut Kohls gilt Waigels Dank nach den westlichen Alliierten USA, Großbritannien und Frankreich auch dem damaligen Kremlchef Gorbatschow: Dafür, dass er auf die Bürgerbewegungen im Osten „nicht hat schließen lassen“, Gorbatschows Schicksal als Reformator sei tragisch. „Er wollte einen humanen Kommunismus. Und Strauß entgegnete ihm schon damals: ‚Herr Präsident, das wird so wenig funktionieren wie das Rosten von Schneebälgen‘.“ Für Gorbatschow gelte aus westlicher Sicht das ehrenvolle Bonmot: „Es misslingt ihm alles zum Guten.“

ALEXANDER WEBER

## Feierstunde 25 Jahre Deutsche Einheit

Auf Einladung von Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer und dem CSU-Stadtratsfraktionsvorsitzenden Hans Podiuk fand am Montagabend eine Feierstunde zur Wiedervereinigung Deutschlands statt. Im Festsaal des Alten Rathauses konnten sie zahlreiche Ehrengäste aus Politik, Kirche, Wirtschaft und Kultur begrüßen. Große symbolische Bedeutung bekam die Veranstaltung durch die teilnehmenden Konsuln der vier Siegermächte. Die feierliche Festrede wurde von Bundesminister a. D. Dr. Theo Waigel, dem Gestalter der Deutschen Einheit, gehalten. Den feierlichen Rahmen gab das Musikkorps der Bundeswehr.



Erinnerten sich an einen der glücklichsten Momente der deutschen Nachkriegsgeschichte, die Wiedervereinigung, die sich in zwei Wochen zum 25. Mal jähren wird: Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle, CSU-Stadtratsfraktionsvorsitzender Hans Podiuk, Bundesminister a. D. Dr. Theo Waigel und Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer (v. l.)

Text/Foto: ciao

# Bundestag hat Anspruch auf deutsche Übersetzungen

Abgeordnete müssen oft auf Basis englischsprachiger

EU-Dokumente entscheiden, ein Gutachten hält das für inakzeptabel

**Berlin** – Die Bundestagsabgeordneten haben einen grundsätzlichen Anspruch darauf, alle für ihre Beratungen relevanten Dokumente von EU-Institutionen in deutscher Sprache zu erhalten. Das ist das Ergebnis eines Gutachtens des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags, das der *Süddeutschen Zeitung* vorliegt. Bisher müssen sich die Abgeordneten regelmäßig mit englischen Texten begnügen.

Der Bundestag hatte bereits 2013 einen Antrag „Deutsche Sprache fördern und sichern“ beschlossen. Darin beklagte er eine Benachteiligung der deutschen Sprache „im täglichen Betrieb der EU“. Die Folge sei, „dass viele beratungs- und entscheidungsrelevante EU-Dokumente entweder gar nicht oder nur unvollständig in deutscher Sprache vorgelegt werden“. Der Bundestag forderte die Regierung deshalb auf, sich um eine „Gleichberechtigung des Deutschen“ zu kümmern. Passiert ist seitdem aber praktisch nichts.

Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer (CSU) sagte der *SZ*, viele Abgeordnete würden „hervorragend Englisch sprechen“. Trotzdem sei es „nicht zumutbar, komplizierte englische Fachtexte mit enormen Auswirkungen zu beraten, dazu bedarf es einer amtlichen Übersetzung ins Deutsche“. Das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes müsse deshalb Konsequenzen für die Arbeit im Parlament haben. Bisher würden „Bundestagsausschüsse regelmäßig die Beratung von Dokumenten verweigern, weil sie nur auf Englisch vorliegen, und damit auf Mitwirkungsrechte des Bundestags verzichten“.

In der vergangenen Legislaturperiode sind laut Aufzeichnungen des Bundestags 1510 Dokumente der EU-Kommission an Bundestagsausschüsse zur Beratung überwiesen worden. Davon waren zwar nur zwölf vollständig in englischer Sprache verfasst. Die 1510 Dokumente hatten aber insgesamt 1202 Anhänge und sonstige Anlagen, die nur auf Englisch vorlagen. Bei den nur auf Englisch vorgelegten Dokumenten geht es etwa um Unterlagen zur Handelspolitik, zur Finanztransaktionssteuer oder zur europäischen Polizeibehörde Europol.

Das Gutachten bezieht sich auf Artikel 23 Grundgesetz. Aus diesem ergebe „sich im Grundsatz, dass die Information des Bundestags in Angelegenheiten der Europäischen Union durch deutschsprachige Dokumente zu erfolgen hat“. Falls der Bundesregierung die EU-Dokumente nicht auf Deutsch vorlägen, komme ihr eine „Informationsbeschaffungspflicht“ zu. Danach müsse sie „amtliche Übersetzungen ins Deutsche von den EU-Organen“ fordern, wenn diese dazu verpflichtet seien.

Falls das Sprachenregime der EU eine solche Übersetzung nicht vorsehe, sei die Regierung verpflichtet, selbst „Übersetzungen für den Bundestag anzufertigen“. Dies gelte aber nur, wenn das Informationsinteresse der Abgeordneten andere verfassungsrechtliche Interessen wie „den schonenden Umgang“ mit dem Haushalt überwiege. Davon dürfe laut Gutachten aber „stets“ auszugehen sein, wenn der Bundestag die Informationen benötige, um „qualifizierte Mitwirkungsrechte“ wahrzunehmen. **ROBERT ROSSMANN**



MNR ASIOTUS

## Prominenter Schirmherr

MdB Johannes Singhammer unterstützt Veranstaltung



Johannes Singhammer machte im vergangenen Jahr vom Straßstoßpunkt eine gute Figur. Foto: Archiv

■ **Hasenbergi** - Als Schirmherr der Benefizaktion am Hasenberg haben die Veranstalter erneut Johannes Singhammer gewinnen können. Seit Jahren übernimmt der CSU-Politiker diese Funktion, die seinerzeit noch von Erika Fellner an ihn herangetragen worden war. Der Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Mün-

chen-Nord ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU im Deutschen Bundestag. Seit dem 22. Oktober 2013 amtiert Johannes Singhammer zudem als Vizepräsident des Bundestages. Der am 9. Mai 1953 in München geborene Singhammer wird trotz diverser Verpflichtungen durch seine politischen Ämter am Samstag wieder mit

dabei sein. Am 12. Juli hielt er bereits die Festrede zum 60-jährigen Jubiläum des TSV 1954 - DJK München und dankte dabei den vielen im Verein ehrenamtlich engagierten Mitgliedern für ihre Arbeit in der Freizeit. Dem Deutschen Bundestag gehört Singhammer, der in Giesing aufgewachsen ist, seit seiner Direktwahl 1994 an.

### **Protest für Deutschunterricht**

Paris – Mit einer Protest-Resolution des Bundestages will dessen Vize-Präsident Johannes Singhammer (CSU) gegen Pläne der Regierung in Paris vorgehen, den Deutschunterricht an französischen Mittelschulen zu reduzieren. Die geplante Schulreform „widerspricht Geist und Buchstaben deutsch-französischer Vereinbarungen“, sagte Singhammer nach Gesprächen in Paris. Die Pariser Regierung plant, ab Sommer 2016 sogenannte bilinguale Klassen abzuschaffen, in denen derzeit ungefähr 90 000 junge Franzosen die Sprache des Nachbarlandes erlernen. Singhammer und der CDU-Abgeordnete Bernhard Kaster schlagen vor, Paris solle zunächst über fünf Jahre die Folgen seiner Reform testen und solange die zweisprachigen Klassen fortführen. Der Bundestag werde „die Resolution mit sehr breiter Mehrheit“ beschließen. „Es geht uns nicht um Bevormundung unserer französischen Freunde, sondern um die Erfüllung des Élysée-Vertrags“, sagte Singhammer der SZ. cwe

TZ München vom 27.05.2015

## Schwere deutsch-russische Krise

Eigentlich wollte Johannes Singhammer (CSU) gestern nach Moskau reisen, um dort Gespräche mit russischen Abgeordneten zu führen. Doch nach dem Eklat um den CDU-Politiker Hans-Georg Wellmann, der am Pfingstmontag auf dem Moskauer Flughafen an der Einreise gehindert wurde, ließ der Münchner Bundestagsabgeordnete die Reise platzen! „Als Vizepräsi-

dent des Deutschen Bundestages kann ich es nicht akzeptieren, dass einem Bundestagskollegen ohne Begründung die Einreise verwehrt wird“, so Singhammer. Dem CSU-Politiker fiel diese Entscheidung schwer, wie er der tz gestand: „Gerade in schwierigen Phasen muss man jeden Gesprächsfaden nutzen.“ Deshalb sei die Moskau-Reise nur verschoben, nicht ganz abgesagt:

„Wir erwarten Aufklärung, was der Grund für das Einreiseverbot ist.“

Wellmann wurde mitgeteilt, dass er bis November 2019 nicht nach Russland reisen dürfe. Dabei gehe es nicht um seine Kritik an der Krim-Annexion, glaubt der Chef der deutsch-ukrainischen Parlamentariergruppe: „Ich wurde und sollte als Vertreter der Großen Koalition getroffen werden.“



## Bundestagsvizepräsident sagt Reise nach Moskau ab Singhammer reagiert auf Einreiseverbot für Wellmann / „Ostentativ unfreundlich behandelt“

ban. BERLIN, 26. Mai. Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer (CSU) hat eine Reise nach Moskau verschoben. Er begründete das mit den Umständen, unter denen dem CDU-Bundestagsabgeordneten Karl-Georg Wellmann am Sonntag nach der Landung in Moskau die Einreise verweigert worden war. Singhammer hatte am Dienstag nach Moskau fliegen und bis Freitag bleiben wollen. Singhammer sagte: „Als Vizepräsident des Deutschen Bundestages kann ich es nicht akzeptieren, dass einem Bundestagskollegen ohne Begründung auf dem Moskauer Flughafen die Einreise verwehrt wird.“ Singhammer hatte ein Alumni-Treffen von Stipendiaten des „Internationalen Parlamentsstipendiums“ des Bundestages besuchen wollen. Auch Gespräche im russischen Außenministeri-

um, mit Kirchenvertretern und mit Abgeordneten der russisch-deutschen Freundschaftsgruppe waren geplant. Den nun verschobenen Besuch begründete Singhammer so: „In schwierigen Zeiten ist das Gespräch auf allen Ebenen wichtig, um unterschiedliche Wahrnehmungen der Wirklichkeit zu vermeiden.“ Das Auswärtige Amt in Berlin hatte schon am Montag gegen das Einreiseverbot für Wellmann protestiert.

Wellmann sagte dieser Zeitung, er habe eine offizielle Einladung des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Russischen Föderationsrates, Konstantin Kosachev, gehabt. Noch in der vergangenen Woche habe ein Vertreter des russischen Außenministeriums bei einem Treffen in seinem Abgeordnetenbüro den Besuch begrüßt. Das Einreiseverbot sei ihm gegen-

über nicht begründet worden. Er sei „ostentativ unfreundlich“ behandelt worden. Seinen Pass habe er erst im Flugzeug zurückgehalten. Wellmann ist Vorsitzender der deutsch-ukrainischen Parlamentariergruppe des Bundestages und gehört auch der deutsch-russischen und der deutsch-weiß-russischen Gruppe an.

Die Fraktionsvorsitzende der Grünen-Fraktion im Europäischen Parlament, Rebecca Harms, kritisierte die Maßnahme gegen Wellmann ebenfalls. „Der Kreml muss endlich die Liste aller in Russland zurzeit unerwünschten Politiker der Europäischen Union auf den Tisch legen“, äußerte sie am Dienstag. Es verletze internationale Abkommen, wenn Politiker überraschend am Moskauer Flughafen abgewiesen würden.



## Blitzabschiebung in den Balkan

Von Andreas Herholz

Berlin. Es war ein Stück Schadensbegrenzung. Beim Flüchtlingsgipfel letzte Woche im Kanzleramt saßen die Kommunen nicht mit am Tisch und machten ihrem Ärger über die fehlende Einladung Luft. Gestern hatte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) die Vertreter der Städte und Gemeinden in seinen neuen Amtssitz in Berlin gebeten, um über die Herausforderung Flüchtlingsaufnahme zu beraten.

Wichtigstes Ergebnis: Eine Art Blitzabschiebung für Asylbewerber vom Westbalkan. Ihre Anträge sollen künftig in wenigen Wochen geprüft und entschieden werden. Bei einer Ablehnung werde dann die Abschiebung unmittelbar folgen.

Der Bund rechnet in diesem Jahr mit rund 450 000 Flüchtlingen. Das wären doppelt so viele wie im Vorjahr. In den ersten vier Monaten kam das Gros der Asylbewerber aus den westlichen Balkanstaaten, die als sicher gelten.

De Maizières Plan: Flüchtlinge aus dem früheren Jugoslawien und Albanien werden künftig in besonderen Erstaufnahme-Stellen untergebracht, wo

unmittelbar das Asylgesuch geprüft werde. Bei negativem Ausgang würden sie wieder in ihre Heimat zurückgeführt.

Für das geplante beschleunigte Verfahren sei nur die Zustimmung der Länder und keine rechtliche Änderung notwendig, so de Maizière. Am 18. Juni soll darüber bei der Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin entschieden und ein neues Maßnahmenpaket geschnürt werden.

Der Bundesinnenminister begrüßt ausdrücklich den Plan der EU-Kommission für ein Quotensystem zur Verteilung der Flüchtlinge in Europa, der am heutigen Mittwoch in Brüssel beschlossen werden soll. „Bisher beteiligen sich nur gut zehn EU-Staaten mit nennenswerten Anteilen an der Aufnahme von Flüchtlingen. Sechs Staaten nehmen mehr als 75 Prozent auf. Das ist ungerecht und muss geändert werden. Wir brauchen einen solidarischen Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge in der Europäischen Union“, erklärte der Minister. Bei einem solchen Verteilungsschlüssel müsse sowohl die Bevölkerungszahl, die Wirtschaftskraft und die Arbeitslo-

sigkeit berücksichtigt werden. Außerdem gelte es zu berücksichtigen, wie viele Flüchtlinge ein Land bisher bereits aufgenommen habe, so der Minister.

Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer (CSU) hat unterdessen angesichts der steigenden Zahl von Asylbewerbern aus Albanien schärfere Gesetze gefordert. „Tausende von Asylverfahren, die viele Monate dauern, nutzen niemandem, wenn am Schluss weniger als ein Prozent anerkannt werden. Der Exodus von Albanern nach Deutschland macht keinen Sinn“, erklärte Singhammer unserer Zeitung. Die meisten Asylanträge würden derzeit von Albanern stammen. „Ich habe mich mit Edi Rama getroffen, dem Premier von Albanien. Er hat gebeten, sein Land als sicheres Drittland anzuerkennen“, so der CSU-Politiker. „Ich bin dafür, dass wir diesem Wunsch schnell nachkommen. Wir müssen die falschen Anreize verringern, zu uns zu kommen.“ Rama sage, dass er jeden für den Wiederaufbau des Landes brauche: „Je mehr zu uns kommen, desto stärker blutet Albanien aus.“

# DIE SCHARNAGL-KOLUMNE

## Kampf für die deutsche Sprache: Respekt, Johannes Singhammer!

Es gibt Themen, die einen Dauerplatz auf der Agenda der deutschen Politik haben und weit davon entfernt sind, als erledigt abgehakt zu werden. Der Kampf für die deutsche Sprache ist eines dieser Themen, und es verlangt ein Bohren dicker Bretter. Was beispielsweise dem Normalbürger als

Normalfall erscheint, dass die deutsche Sprache im europäischen Politikbetrieb gleichrangig neben Englisch und Französisch steht – schon allein deshalb, weil Deutschland das größte Land der Europäischen Union ist und weil der deutsche Steuerzahler der Hauptfinanzier und der Hauptbürge des politischen und finanziellen europäischen Geschehens ist –, ist von der Realität weit entfernt. Wie weit, geht schon daraus hervor, dass wichtige Texte der EU-Kommission, die der Deutsche Bundestag behandeln und beschließen soll, den deutschen Parlamentariern keineswegs in deutscher Übersetzung vorliegen. Erfreulich ist, dass sich insbesondere Parlamentarier der CSU in ihrem Einsatz für die deutsche Sprache nicht entmutigen lassen. Ein Beispiel für viele andere liefert hier Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer. Der Bundestagsabgeordnete aus dem Münchner Norden ist immer dann und dort zur Stelle, wenn und wo die deutsche Sprache bedrängt und zurückgedrängt wird oder werden soll, vor allem auch dort, wo dies auch von deutscher Seite geschieht. So empört sich Singhammer zu Recht, wenn der FDP-Europaabgeordnete Alexander Graf Lambsdorff

fordert, dass Englisch in Deutschland Verwaltungssprache werden müsse. Wenn von deutschen Universitäten angekündigt wird, dass ab 2020 Masterstudiengänge zwingend ausschließlich in Englisch durchgeführt werden sollen, bezieht Singhammer klar Gegenposition: „Statt durch selbsterfüllende Prophezeiungen Deutsch als Wissenschaftssprache bewusst abzuwerten, ist es richtig, die Chancen unserer Sprache, gerade auch im Ingenieurbereich, zu nutzen.“ Wenn

an deutschen Universitäten auf Englisch unterrichtet werde, warum dann, so Sing-

hammer, überhaupt noch Deutsch lernen? Und die nächste Frage, so der CSU-Politiker in einem Beitrag für die FAZ: „Warum dann überhaupt noch in Deutschland studieren?“ Singhammer hatte kürzlich in Kasachstan Gelegenheit, die Folgen der Ankündigung englischsprachiger deutscher Universitäten als Menetekel zu beobachten: „Junge Kasachen, die bisher Deutsch lernten, weil sie in Deutschland studieren wollen, üben sich jetzt in Englisch.“ Die deutsche Sprache hält unser Land zusammen. Und gerade globale Vernetzung und Einwanderung machten es, so Singhammer, notwendig, die deutsche Sprache in allen Lebensbereichen zu nutzen. So berührt es den Bundestagsvizepräsidenten merkwürdig, wenn eine Bank, die sich „Deutsche“ nennt, zu wichtigen Veranstaltungen in der Bundeshauptstadt mit dem Hinweis einlädt, dass ausschließlich Englisch gesprochen werde. Wenn in Berlin bei offiziellen Einladungen englische Ausschließlichkeit angekündigt werde, müsse man auf diesen Termin eben verzichten. Das habe doch etwas Selbstverständliches. Respekt, Johannes Singhammer!

# Russlanddeutsche als Brücke nach Europa

Zentralasien spricht deutsch. Mehr als eine Million deutsche Muttersprachler lebten nach dem Krieg in Kasachstan und Kirgisien, nachdem sie von Stalin dorthin verschleppt worden waren. Auch heute noch blickt die Region nach Berlin, wie Bundestags-Vizepräsident Johannes Singhammer (CSU) bei einem Besuch in der Region erfuhr.

von GEORGE ANASTASIANOS

Mährchen - Der Diktator in Moskau war geschickt, als Hitler 1941 die Sowjetunion überfiel. Dann richtete sich sein Groll gegen die deutsche Minderheit im Sowjetreich: Bis zu eine Million Völkergerechte deutsche Stalins zwangswise nach Kasachstan um. Weitere 10 000 Deutsche lebten schon Anfang des 20. Jahrhunderts im benachbarten Kirgisien. Sie waren Aussiedler vorgezogen, um dort den gefährlichsten Vorposten deutscher Siedlungsschichte zu beziehen.

Die meisten Russlanddeutschen sind seit dem Fall des eisernen Vorhangs in die Bundesrepublik ausgewandert. Doch ihre Spuren sind im Kaukasus bis heute unübersehbar - in Kasachstan, wo noch immer 180 000 Deutschstämmige leben. In Kirgisien, dessen stellvertretender Ministerpräsident Vallery Dill als Muttersprache deutsch spricht. Gebieten ist auch die Bewunderung für das deutsche duale Berufsausbildungssystem. Und die Hoffnung, in Berlin einen Fürsprecher der Region in Brüssel zu besitzen: Es gibt die starke Erwartungshaltung, dass sich Deutschland



Bundestagsvize Johannes Singhammer traf in der Sozialisation des deutschen Hilfsfonds mit Vertretern der kirgisischen Minderheit zusammen - und plauderte angeregt (Foto vom Bundesinnenministerium finanziert). Auf offizieller Ebene wurden die Singhammer mit höchsten Ehren empfangen, so etwa in Kirgisien vom dortigen Staatspräsidenten Almasbek Atambajev (rechts im unteren Bild).



Eine alte Seidenstraße von der Türkei nach China

Russen und Chinesen auf den Plan gerufen hat. Für Putin sind Kasachstan und Kirgisien wichtige Mitglieder seiner neuen „Eurasischen Zollunion“. Umgebenheit fühlen sich beide Länder mit ihren starken russischen Minderheiten nicht rundum wohl in der starken Umklammerung durch die beiden benachbarten Mächte. Dies eröffnete Chancen für Europa, so der CSU-Politiker. „Durch Kasachstan und Kirgisien verläuft die neue Seidenstraße nach China. Es handelt sich um eine Region mit herausragender geostrategischer Bedeutung, mit der dort lebenden Deutschen als Brücke nach Europa.“

Kasachstan und Kirgisien sind muslimische Länder, allerdings tritt der Islam dort totem auf. Anders als das von Nursultan Nasarbajew straffpraxis geführte 17-Millionen-Bewohnerland Kasachstan gilt Kirgisien mit seinen sechs Millionen Bürgern darüber hinaus als Musterdemokratie - die einzige auf postsozialistischem Gebiet, sieht man von den drei baltischen Ländern ab. Die CSU-nahe Hanno-Seidel-Stiftung hilft bei der Verfestigung demokratischer Strukturen im Land, indem sie dort seit Jahren Verwaltungskräfte ausbildet.

Weil Kirgisien aber nicht so roboterhaft ist wie der westliche größere Nachbar Kasachstan, droht es in der Wahrnehmung der Welt ins Hintertreffen zu geraten. Umso größer sind die Hoffnungen, die die Regierung in Bischkekt auf Deutschland setzt, berichtet der Wirtschaftsattaché. Bauunternehmer Reinhold Krämmel, der Kirgisien als Generalkonsul in Baysam vertritt und Singhammer auf seiner Reise durch die Region begleitet hat: „Die Menschen dort mögen uns. Es liegt in unserem starken Interesse, diese Verbindung zu nutzen.“

Als eine der europäischsten Führungsrollen dieser Region zuwenden“, sagte Bundestags-Vizepräsident Johannes Singhammer nach einer mehrwöchigen Reise durch die beiden Länder, wo er mit allen diplomatischen Ehren empfangen wurde. Engere Verbindungen zwischen Europa und den beiden Ländern in Zentralasien wären zum gegenseitigen Vorteil, betonte Singhammer: Die Region ist enorm rohstoffreich. Es gibt vor allem in Kasachstan, im Überfluss Öl, Gas und Seltsame Erden, was längst

# Sozialpolitik im Wandel

Hohlecke Munk  
16/19/18

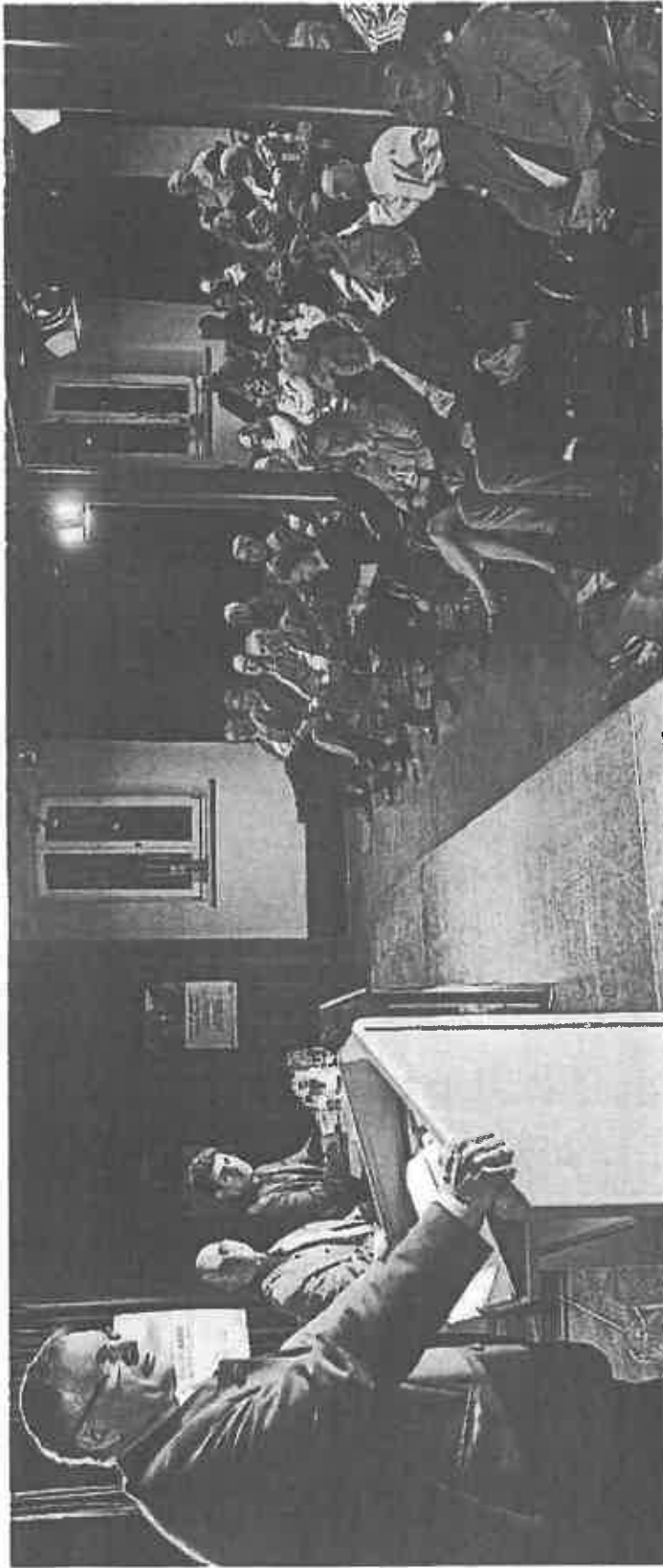
Bundestags-Vizepräsident Singhammer spricht über Wohnungsnot, Pflege und Asyl

VON FLORIAN EILER

Elotzdröchen – Von Asylpolitik bis zu Wohnraumnot in Ballungszentren: Sozialpolitik steht vor neuen Herausforderungen – und Politiker diskutieren, wie sie sich wandeln muss. „Was ist sozial in der Politik?“, unter diesem Motto hatte die Holzkirchner CSU zusammen mit der JU zu einem Gespräch mit Johannes Singhammer ins Kultur im Oberbräu eingeladen. Singhammer ist nicht nur CSU-Bundestagsabgeordneter, sondern auch Bundestags-Vizepräsident. Rund 60 Besucher verfolgten den Vortrag.

„Es geht nicht mehr lange gut. Die soziale Infrastruktur zerfällt“, mahnte Singhammer in Bezug auf die Wohnungssituation in München. Über 12 000 Haushalte seien aktuell auf der Suche nach eigenem vier Wänden. Die stetig steigenden Mieten könne sich ein Normalverdiener kaum mehr leisten. Zuwanderung verstärke das Problem noch. Vermutlich brauche allein München heuer 2000 Wohnungen zusätzlich, um Flüchtlinge unterzubringen, die dauerhaft bleiben.

„Kann man so eine große Zahl von Flüchtlingen noch sozial behandeln?“, fragte Singhammer provokativ. Er steht auch andere EU-Länder in der Pflicht. Es könne nicht



Im Vortrag: Der Bundestagsabgeordnete Josef Singhammer (CSU) im Fools-Theater.

sein, dass nur ein paar Länder und gerechter werden.“ Für ihn sei wichtig, dass der Pflegebedürftigkeitsbegriff rechtlich an Kraft gewinne. Dazu gehöre eine Aufwertung und Ausweitung der Palliativ- und Hospizversorgung. Um den Ausbau zu schultern, benötigten die Kommunen Gelder. Eine Lösung in der Finanzfrage sieht CSU-Ortsvorsitzender Bernd Weinmann junior in einer Neuregelung des Länderfinanzausgleiches. Be-

sonders die finanzstarken südlichen Bundesländer würden die Nordlichter unterstützen. Die seien dann in der Lage, etwa Kita-Plätze kostenlos anzubieten und sich dafür feiern zu lassen. „Zahlen tut dies ein anderes Bundesland“, kritisierte Weinmann in der anschließenden Diskussionsrunde.

Dass sich der Bund immer mehr vor der Verantwortung drücke, brisante Themen an-

zugehen, sieht auch Johannes Hagn. Der Tegernseer Bürgermeister muss sich vor allem mit einer langen Liste von Wohnungssuchenden auseinandersetzen: „Die Mieten gehen bei uns durch die Decke.“ Ehemals bundesweites Wohnungswürden jetzt luxussaniert. Die Situation verschärfte sich durch die aktuelle Asylpolitik: „Sobald die Flüchtlinge ein Bleiberecht

bekommen, brauchen auch sie eine Wohnung.“ Es müsse wieder mehr für bezahlbaren Wohnraum gefan werden.

Die Erfahrungsberichte der Gemeindevertreter wertete Singhammer als Indizien, „dass schnell gehandelt werden muss“. Es gehe darum, Bürokraften abzubauen und Leistungen zu bündeln, um „die Schulden nicht auf nachfolgende Generationen zu schieben“.

FOTO: THOMAS FLITENBERG



# Kriegerdenkmal wird repariert

Von der Leyen rügt schriftlich Kunst-Aktion an der Dachauer Straße

Das Gefallenendenkmal auf dem Gelände des Bundeswehrverwaltungszentrums München soll in Kürze wieder hergerichtet werden. Dies geht aus einem Schreiben von Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) an den Münchner Bundestagsabgeordneten Johannes Singhammer (CDU) hervor. Wie berichtet, hatte der Münchner Künstler Wolfgang Kastner an dem Denkmal für gefallene Soldaten im Ers-

ten Weltkrieg die fünf Buchstaben R, U, H, M und D abgeschrieben und an das Verteidigungsministerium geschickt. So wurde aus: „Sie starben für Deutschlands Ruhm und Ehre“ ein „Unehre“. Kastner regt eine erklärende Zusatztafel für die seiner Meinung nach unglückliche Inschrift an. Dies wird nach jüngsten Angaben des zuständigen Bundesamts für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der

Bundeswehr (BAUDBW) in Bonn „gegenwärtig geprüft“. Singhammer, der sich für eine unveränderte Wiederherstellung des Denkmals stark gemacht hatte, sieht dafür keine Notwendigkeit.

Die schwarze Tafel, die seit der Aktion von Anfang Februar die Inschrift des Denkmals an der Dachauer Straße 125 verdeckt, wurde unterdessen am Donnerstag von Kastner mit weißer Kreide und dem Wort „Trauer“ beschriftet. sn

# Singhammer und Gruber „Sprachwahrer“

Einsatz für verständliches und bürgernahes Deutsch mit Preis gewürdigt

Erlangen - Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer ist zum „Sprachwahrer des Jahres“ gewählt worden. Der 61-jährige CSU-Politiker habe bereits im Jahr 2006 eine „Selbstverpflichtung zu gutem Deutsch“ unterzeichnet, teilte die Zeitung „Deutsche Sprachwelt“ in Erlangen zur Begründung mit. Sie verleiht den Preis seit dem Jahr 2000.

Singhammer habe sich damals verpflichtet, in Texten und Reden auf eine verständliche und bürgernahere Sprache zu achten und sich für den Gebrauch der deutschen Sprache einzusetzen. Im



Monika Gruber, Kabarettistin, wurde auf den zweiten Platz gewählt

vergangenen Jahr habe er Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) getadelt, weil sie ihre Rede bei der Münchner Sicherheitskonferenz auf Englisch ge-

halten hatte. Und bei der EU-Kommission setze er sich dafür ein, dass Deutsch als EU-Amts-, Arbeits- und Verfahrenssprache gleichberechtigt mit Französisch und Englisch verwendet wird.

Auf den zweiten Platz wählten die Leser der Zeitung die bayerische Kabarettistin Monika Gruber, Platz drei belegten die Sozialwissenschaftler Heike Diefenbach und Michael Klein. Im vergangenen Jahr war die Deutsche Bahn als „Sprachwahrer“ geehrt worden. Den Preis erhielten unter anderem auch Lorient und der damalige Papst Benedikt XVI.

# Mietpreisbremse: Instrument mit umstrittener Wirkung

Bundestag soll heute das neue Gesetz auf den Weg bringen – Fachleute sind uneinig, wie sehr es den Mietern hilft

Heute soll der Bundestag auf die Bremse treten: Die Große Koalition in Berlin wird voraussichtlich die sogenannte Mietpreisbremse beschließen, die den Anstieg der Mieten dämpfen soll. Noch im Frühjahr könne das Gesetz in Kraft treten, schreiben die Münchner CSU-Abgeordneten Johannes Singhammer, Hans-Peter Uhl, Peter Gauweiler, Bernd Fabricius und Wolfgang Stöckinger in einer Pressemitteilung. Dann können die Ländereien bei neu abgeschlossenen Verträgen – wenige Ausnahmefälle ausgenommen –

nur noch höchstens zehn Prozent über der örtlichen Vergleichsmiete liegen dürfen. Noch sei nicht über diese Gebiete entschieden, verlaute te gestern aus dem zuständigen bayerischen Justizministerium. Man habe statistische Untersuchungen eingeleitet, deren Ergebnis noch ausstehe. Doch Singhammer zweifelt nicht daran, dass die Mietpreisbremse in ganz München gelten wird. „Wo auch sonst?“, sagte er gestern. „München ist der Brennpunkt der Mietproblematik.“

Als „gute Nachricht für die Münchner Mieter“ feiern die



Johannes Singhammer fordert mehr Engagement im Wohnungsbau.

kommen. Zwar würden enorme Mietsprünge erschwert, „mindestens genauso wichtig“ sei es jedoch, mehr Wohnungen zu bauen. Hier jedoch werde die Mietpreisbremse „mehr Schaden als Nutzen“, kritisiert der Präsident der IHK für München und Oberbayern, Eberhard Sasse. Das Gesetz werde nicht die Mieten bremsen, sondern „die Investitionen in bezahlbaren Wohnraum“.

Beatrix Zurek, Vorsitzende des Mietervereins München, hält die gesetzliche Bremse grundsätzlich für gut. Doch die ortsübliche Vergleichsmiete,

die als Messlatte dient, sei zu hoch. Der Grund, so Zurek: Gewertet würden nur Verträge, die in den letzten vier Jahren verändert oder neu abgeschlossen wurden. Berücksichtige man die günstigen, langjährigen Mietverhältnisse, die es in München durchaus auch gebe, könnte die Vergleichsmiete „um eine zweistellige Prozentzahl niedriger“ liegen, schätzt Zurek. Zu hoffen sei deshalb, dass die Große Koalition möglichst schnell einen weiteren Punkt in ihrem Reformprogramm anpacke: Neue Regeln zur Berechnung der Vergleichsmiete.

## Landsberg

19. Februar 2015 18:07 Uhr

POLITISCHER ASCHERMITTWOC

### „Der Krieg ist zurück in Europa“

**Beim Politischen Aschermittwoch in Reichling spricht Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer über aktuelle Krisen, die Bundeswehr und die Sicherung des Friedens. Von Frauke Vangierdegom**

Gefällt mir

Tellen

0

Twittern

0

8+1

0



„Diesen Politischen Aschermittwoch werden Sie nie wieder vergessen“, sagte Bundespolitiker Johannes Singhammer gleich zu Beginn seiner Rede. Dann ging er unter anderem auf die Friedenslage in Europa und der Welt ein.

Foto: Thorsten Jordan

Der Krieg in der Ukraine, der weltweite Kampf gegen den Terror des Islamistischen Staats (IS) sowie der nicht abbreißende Flüchtlingsstrom nach Deutschland waren die beherrschenden Themen beim Politischen Aschermittwoch im Gasthaus Breitenmoser in Reichling. Als prominenten Gastredner konnte Hans Jürgen Korn,

Ortsvorsitzender der Reichlinger CSU, den Bundestags-Vizepräsidenten Johannes Singhammer begrüßen.

„Diesen Politischen Aschermittwoch werden Sie nie wieder vergessen“, prognostizierte der gleich zu Beginn seiner Ausführungen. Wobei er weniger auf eine flammende Rede hinwies, sondern auf die sich verändernde Friedenslage in Europa und in der Welt. „Heute geht es wieder um Krieg, der leider nach Europa zurückgekehrt ist“, so Singhammer. „Die Friedensdividende, die wir uns in den letzten Jahren haben auszahlen lassen, ist bis auf den letzten Cent aufgebraucht.“

Was Deutschland jetzt brauche, sei eine Bundeswehr, die bestens aufgestellt sei, zur Sicherung des Friedens. Singhammer forderte deshalb eine Erhöhung des Verteidigungsbudgets, „nicht um Krieg führen, sondern den Frieden wahren zu können“. Diplomatie ohne Verteidigungsmöglichkeit sei wie ein Orchester ohne Instrumente.

Den Blick auf die Bedrohung des Weltfriedens durch die Gräueltaten des IS gerichtet, meinte der CSU-Politiker: „Das, was im Südosten passiert, ist neu. Das ist der Konflikt Zivilisation gegen Antizivilisation.“ Man müsse die Entwicklung sehr ernst nehmen, der islamistische Terror sei gut vernetzt.

Den Bogen spannte Singhammer dann weiter über Griechenland – und betonte, dass er seine Partei in dieser Sache für sehr weitsichtig halte. „Die CSU hat seinerzeit schon gegen den Beitritt Griechenlands in die EU gesprochen“, erinnerte er. Zustimmendes Kopfnicken erhielt Singhammer dafür aus den Reihen seiner Parteikollegen, den Landtagsabgeordneten Thomas Goppel und Alex Dorow sowie Landrat Thomas Eichinger.

„Deutschland haftet mit viel Geld, mit dem man die eigenen Kommunen gut unterstützen könnte“, führte der Gastredner aus Berlin weiter aus. Mit diesem Satz antwortete er auf die Bitte, die Reichlings Bürgermeisterin Margit Horner-Spindler in ihrer Begrüßung geäußert hatte: „Lasst unsere Kommunen nicht im Stich.“

Im Stich lassen dürfe man auch die vielen Flüchtlinge nicht, die nach Deutschland und damit auch nach Bayern und in den Landkreis kämen, betonte Singhammer in seiner Rede. Allerdings könne es nicht sein, dass wirtschaftliche Not dazu führe, sich ein Einwanderungsrecht zu erzwingen, so der Bundestagsvizepräsident mit Blick auf die immer stärkeren Flüchtlingsströme beispielsweise aus dem Kosovo.

Singhammer sah in seiner Rede drei Lösungsansätze: Zum einen müsse alles getan werden, die Fluchtgründe in den jeweiligen Heimatländern zu vermeiden, Schleusergeschäfte müssten unterbunden und die solidarische Zusammenarbeit in Europa müsse gestärkt werden. Um Zuwanderung nach Deutschland besser kontrollieren zu können, wünschte er sich ein Zuwanderungsbegrenzungsgesetz.

Zum Thema Asylbewerber hatte auch Landrat Thomas Eichinger in seinem Grußwort Stellung genommen. Bei seinem ersten Politischen Aschermittwoch, den er als Landrat besuchte, mahnte er mehr Beweglichkeit beispielsweise bei Vorschriften zur Unterbringung der Flüchtlinge an. Er selbst könne nicht nachvollziehen, dass ein Gebäude, das eben noch „gut genug war, als Gastwirtschaft“, plötzlich nicht mehr geeignet sei, Flüchtlingen eine Bleibe zu bieten. Vor allem im Hinblick auf die sicherlich weiter steigenden Flüchtlingszahlen sah er dringenden Handlungsbedarf der großen Politik, was temporäre Flexibilität angehe.

Weitere Themen, auf die Bundespolitiker Singhammer vor den rund 100 Zuhörern in Reichling einging, waren das geplante Freihandelsabkommen TTIP, das er grundsätzlich befürwortete, oder das, wie er es nannte, „Wunder der Wiedervereinigung“ vor 25 Jahren.

In der anschließenden Diskussionsrunde mahnte Josef Probst hinsichtlich der von Singhammer angesprochenen Schleusergeschäfte an, genauer hinzuschauen und zu prüfen, welche „Großkopferten“ sich da bereichern.

Mit Blick auf den von Singhammer geforderten höheren Bundeswehr-Etat meinten zwei Landwirte: „Wie stellen Sie sich das vor, wie in unserem Land die kleinen Bürger am Leben bleiben sollen? Wer soll das alles bezahlen?“ Allein der Milchpreisverfall mit derzeit 32 Cent habe den Landwirten sehr viel Verlust eingebracht. Singhammer antwortete, dass es in Deutschland keinen Zweifel darüber gebe, dass die kleinen Leute gestützt werden müssen und im Mittelpunkt der Politik stünden.

Unser neuer Newsletter ist da! Mit Nachrichten aus Ihrer Nachbarschaft, der ganzen Welt und dem Sport. Hier kostenlos eintragen.

# Umstrittene Finanzhilfe für Türkei

Münchner  
Merkur  
vom

04.02.2015

Die Türkei gehört in die EU, fordern türkische Politiker – wenn auch halbherzig. In Europa ist das Land als Vollmitglied umstritten – und dennoch wird seine Heranführung an die EU mit Milliarden befragen gefördert.

VON WERNER MÜNNER

München/Ankara – Türkische Politiker werden nicht müde, die Zugehörigkeit ihres Landes zu Europa zu betonen. Präsident Recep Tayyip Erdogan vor allem dann, wenn er die Wählerinnen der in Europa lebenden Türken braucht, um die streng islamisch geprägte Politik seiner AKP umsetzen zu können. Auch was Premierminister Ahmet Davutoglu liiert, sind vor allem Lippenbekanntnisse zu europäischen Werten.

Die Türkei zu einem Vollmitglied zu machen, ist innerhalb der Europäischen Union umstritten. Kanzlerin Angela Merkel ist ebenso dagegen wie die CSU. Für sie hat „die Erdogan-Türkei nichts in der EU zu suchen“. Die CSU plädiert seit langem für ein Ende der am 4. November 2005 offiziell begonnenen Beitrittsgespräche. Der Status eines Beitrittskandidaten wurde der Türkei bereits im Dezember 1999 zuerkannt.

Betrachtet man die gespaltene Haltung innerhalb der EU zur Türkei und stellt auch die Entwicklung der Türkei während der vergangenen Jahre in Rechnung, so kann leicht der Eindruck entstehen,



Lippenbekanntnisse zu europäischen Werten: Recep Tayyip Erdogan, Präsident der Türkei.

dass trotz vieler Mühsalpunkte auf seiten des Kandidaten eine Zwangsache eingeleitet werden soll. Um die Türkei zu einem passablen Partner zu machen, investiert die EU enorme Summen in eine „Heranführungshilfe“. In der Zeit zwischen 2007 und 2014 betrug die deutsche Anteilssumme 5,4135 Milliarden Euro. Der deutsche Anteil belief sich dabei auf 1,0882 Milliarden Euro. Diese Zahl nannte der parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Stefan Kampeter, auf eine Anfrage des CSU-Abgeordneten und Bundestags-Vizepräsidenten Johannes Singhammer.



Johannes Singhammer fordert die Einstellung der EU-Gelder für die Türkei

Die Rechtsgrundlage für die Zahlung der Heranführungshilfe bilden Verordnungen der EG, des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates. 2015 hat Ankara aus der EU-Kasse 902,9 Millionen Euro erhalten, wobei

Kanzlerin Merkel am 12. Januar im Berliner Tempodrom erklärt. Als künftige Weltmacht braucht die Türkei keine Gebote aus Brüssel oder Berlin“, betonte Singhammer gegenüber unserer Zeitung.

Das aber ist gar nicht so einfach, denn einerseits haben sich die EU-Beitrittsverhandlungen nach Überzeugung der Bundesregierung „als bester zur Verfügung stehender Hebel für Reformen in der Türkei erwiesen“. Zum anderen setzt ein Stopp der Zahlungen laut Finanzministerium eine Beendigung des Beitrittsprozesses insgesamt voraus. Dazu wiederum wäre ein einstimmiger Beschluss des Europäischen Rates erforderlich. Den aber wird es derzeit kaum geben – auch wenn die Türkei den Begriff Weltmacht durch eine verstärkte Dominanz in der arabisch-islamischen Welt und damit fernab von europäischen Werten definiert.

Für den früheren französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing ist ein Mensch dann ein Europäer, „wenn er/sie eine europäische Werteorientierung hat“. Die aber ist in der Türkei immer weniger zu verspüren. Giscard war es auch, der mehrfach darauf hingewiesen hat, dass die Hauptstadt der Türkei (Ankara) nicht in Europa liegt und 95 Prozent der Bevölkerung nicht aus Euro-

pelem bestehen. Auch Peter Scholl-Latour hat schon vor Jahren mit der ihm eigenen Deutlichkeit darauf verwiesen, dass man die Türkei „nicht Kleinasien, sondern „nicht Kleinasien“ nennt.

## Froh auf dem Land

Entwicklungsminister Gerd Müller stichelt beim CSU-Treffen auch gegen den Gastgeber

Für ein Dreikönigstreffen gilt ja im Grunde das gleiche Erfolgsrezept wie für eine gute Party: Der Gast muss sich wohlfühlen. Damit das gelingt, darf der Gastgeber auch mal etwas dicker auftragen. Also kündigt Münchner CSU-Bundestagsabgeordneter Johannes Singhammer „die Hauptperson“ des Tages mit besonders blumigen Worten an: als den „Mann mit dem weiten Herzen“, als „das sympathische Gesicht Deutschlands in der Entwicklungspolitik“. Dass dieses Gesicht einigen immer noch unbekannt ist – geschenkt. Immerhin ist Gerd Müller Bundesminister. Und ein Bundesminister macht sich immer gut auf einer Veranstaltung der Münchner CSU.

Wer aber dachte, Gerd Müller würde Singhammers Ball brav zurückspielen, hatte sich getäuscht. Zehn Jahre habe er hier gewohnt, sagt Müller, als er am Dienstag hinterm Rednerpult im Grünen Saal des Augustiner steht. Aber inzwischen sei er „froh, nicht mehr in München zu leben“, sondern im ländlicheren Kempten im All-

gäu. Die Gründe liefert Müller gleich hinterher: „Die Schulen auf dem Land sind besser, die Schwimmbäder auf dem Land sind besser. Da muss in München noch investiert werden“, sagt er – und widerspricht damit seinem Vorredner Ludwig Spaenle, Münchens CSU-Chef. Dieser hatte die Stadtrats-CSU noch ein paar Minuten vorher als „treibende Kraft“ bei der Schulsanierung gelobt. Und noch einen Seitenhieb setzt Müller in Richtung CSU-Führungsriege, die auf dem Podium neben ihm sitzt. Die Riege besteht aus sieben Männern, aber nicht einer einzigen Frau. „Da müssen wir in der Münchner CSU noch etwas verändern“, sagt Müller.

Ansonsten hält sich Müllers Rede nicht lange mit Münchner Angelegenheiten auf. Lieber erzählt er von seinen Gesprächen mit Helmut Kohl und seinen Reisen nach Nigeria oder in die Ukraine. Er kommt ja jetzt viel rum, als Entwicklungsminister. „Man muss das große Ganze sehen“, sagt er und warnt seine Parteikollegen: „Wir

dürfen uns nicht einmauern.“ Stattdessen sei es wichtig, Perspektiven für die Menschen in den Konfliktländern der Welt zu schaffen. Zum Beispiel, indem Flüchtlinge hierzulande gut ausgebildet werden, damit sie irgendwann zurückgehen und ihre vom Krieg zerstörten Heimatländer wieder aufbauen können. Und so nutzt Müller seine Dreikönigs-Rede gleich dazu, das bayerische Handwerk dazu aufzufordern, 100 Ausbildungsplätze für junge syrische Flüchtlinge zu schaffen. „Das wäre ein erster Schritt“, sagt er.

Dann äußert sich Müller zu den Anhängern der islamfeindlichen Pegida-Bewegung: „Ich sage Nein zu Pegida. Aber die Ängste und Nöte der einfachen Bürger müssen in der Politik ihren Platz finden.“ Gerade in München gebe es „immer mehr Zuzug, auch von Ausländern und Migranten. Und wo bleibt der Münchner? Um den müssen wir uns in erster Linie kümmern“, fordert Müller. Dass zuletzt Zehntausende Münchner gegen Pegida auf die Straße gegangen sind, darüber verliert Müller kein Wort.

Auf ähnliche Weise hatte zuvor Ludwig Spaenle über Pegida gesprochen. Zwar bezeichnete Münchens CSU-Chef deren Anhänger als „braune Rattenfänger“, doch forderte auch er, man müsse „diese Ängste und Befürchtungen ernst nehmen und aufnehmen“. Gleichzeitig lobte er seine Partei für ihre Flüchtlingspolitik. Dass sich die Situation in den Ersteinnahmeaufstellungen inzwischen entspannt hat, sei der Verdienst der CSU gewesen. „Dafür bedurfte es nicht eines Münchner Oberbürgermeisters“, sagte Spaenle.

Überhaupt ließ Spaenle kein gutes Haar an der SPD, die seit Mai der Bündnispartner der CSU im Rathaus ist. Bei der Kliniksanierung und im öffentlichen Nahverkehr, sagte Spaenle, sei die CSU gerade dabei, den Stillstand aufzulösen, den die rotgrüne Vorgängerregierung über Jahre hinweg hinterlassen habe. Josef Schmid, Münchens Zweiter Bürgermeister, äußerte sich dazu nicht – er ist noch im Weihnachtsurlaub.

ANDREAS GLAS



meister, bei der CSU trat Entwicklungsminister Gerd Müller auf.

FOTOS: RUMPF, HAAS



TZ München vom 07.01.2015

# CSU fordert



Singhammer (l.) und Müller Foto: Schief

Beim Dreikönigstreffen der CSU im Augusti-ner in der Fußgängerzone - übrigens ohne den ir-laubenden Bürgermeister Josef Schmid - standen die Themen Krieg, Ar-mut und Flüchtlinge im Mittelpunkt. Bundestags-Vizepräsident Johannes Singhammer eröffnete

die Traditionsveranstal-tung, auch Staatsminister Ludwig Spaenle begrüßte die Gäste. Als Festredner war Entwicklungsminis-ter Gerd Müller angereist. Er hatte eine klare Bot-schaft im Gepäck: „Ich sage Nein zu Pegida, aber wir müssen differenzie-ren. Deutschland muss tolerant in der Flücht-lingspolitik sein, sich aber auch um die Sorgen der eigenen Bevölkerung

kümmern.“ Man müsse dort handeln, wo alles be-ginnt - in den Herkunftsländern. „Frieden gibt es nur durch Gerechtigkeit unter den Völkern. Die Menschen wollen nicht zu uns, sondern in ihrer Hei-mat bleiben. Von dort werden sie vertrieben.“ Man müsse den Flüchtlin-gen eine Perspektive ge-ben. Müller appelliert an das Handwerk: „Täglich sehe ich kräftige Männer,

die auf der Flucht in Deutschland gestrandet sind. Wir müssen sie aus-bilden. Danach können sie ihr Land wieder auf-bauen“, meint der CSU-Bundesminister.

Wegen der vielen Flüchtlinge fordert er die Stadt auf, mehr Wohnun-gen zu bauen. Und ver-spricht: „Wir können die Probleme lösen, wenn wir sie anpacken.“

JOHANNES HEININGER



**Rede**

**des Bundestagsvizepräsidenten Johannes Singhammer  
anlässlich des Symposiums zur Ansprache von Papst Benedikt XVI.**

**im Jahre 2011**

**am 25.11.2015 im Protokollsaal des Reichstags**

## Anrede mit Einzelbenennung der zu Begrüßenden

Nur vier Jahre sind vergangen, seit Papst Benedikt XVI. vor den frei gewählten Abgeordneten des Bundestages eine historische Ansprache gehalten hat. Mit dieser Rede hatte sich Papst Benedikt XVI. nicht nur an die Abgeordneten in Deutschland gewandt, sondern an alle Parlamentarier, die ein „hörendes Herz“ haben. Vor allem aber, ist die Rede in die Geschichte des Deutschen Bundestages eingegangen. Eine solch gewaltige, epochale Rede, mit prophetischen Worten, darf nicht in Vergessenheit geraten, nicht im hektischen Parlamentsbetrieb schubladisiert werden, sondern ist ein immerwährender Spiegel für verantwortungsbewusstes Handeln politisch Verantwortlicher. Deshalb danke ich der Joseph Ratzinger Papst Benedikt XVI.-Stiftung und allen, die aus diesem Anlass hierher in den Reichstag gekommen sind.

Besonders herzlich darf ich Sie lieber Herr Erzbischof, Exzellenz Dr. Georg Gänswein hier im Großen Protokollsaal des Deutschen Bundestages begrüßen.

Es gibt Vertreter der katholischen Kirche die man nicht vorstellen muss. Aber man kann seiner Freude Ausdruck geben, dass Sie hier sind. Sie haben Papst Benedikt von Beginn seines Pontifikates begleitet und tun dieses auch heute noch. Ihr Wappen als Titularerzbischof beinhaltet auch das Wappen von Papst Benedikts XVI. Das ist ein starkes Signal! Keiner ist mit diesem Pontifikat enger verbunden gewesen, als Sie. Keiner kann

uns authentischer nahe bringen als Sie, welche Bedeutung der Besuch des Heiligen Vaters bei uns im Deutschen Bundestag im Jahre 2011 für sein Pontifikat hatte.

Und so freuen wir uns, dass Sie uns unter dem Titel „Hoffnung und Verantwortung“ in „Die großen gesellschaftspolitischen Grundthemen von Papst Benedikt XVI.“ eine Einführung geben werden.

Ebenso danken möchte ich dem Vorsitzenden der Unionsfraktion Volker Kauder, dass er diese wichtige Veranstaltung mit mir zusammen durchführt.

Lieber Volker, Du hast für Dein von christlichen Werten geprägtem Handeln in Politik und Gesellschaft im letzten Jahr den päpstlichen Gregoriusorden im Range eines Komturs verliehen bekommen. Du setzt Dich in besonderem Maße für Religionsfreiheit und verfolgte Christen weltweit ein. Du hast die religiöse Verfolgung der Christen auf die politische Agenda gesetzt. Danke!

Sehr geehrter Herr Schmidt, ich danke Ihnen herzlich für die Ausrichtung des Symposiums.

Meine Damen und Herren,

Am Ende seiner damaligen Rede formulierte Papst Benedikt XVI. eine Empfehlung für eine Bitte von Parlamentariern an einen gnädigen Gott – „Die Fähigkeit, Gut und Böse zu unterscheiden und so wahres Recht zu

setzen, der Gerechtigkeit zu dienen und dem Frieden.“ Diese große Ansprache von Papst Benedikt XVI. verbietet billige tagespolitische Vereinnahmung, sondern fordert vielmehr Zurückhaltung.

Aber ich denke, dass eine Schlussfolgerung zulässig ist: Um Gerechtigkeit und Frieden voranzubringen, bedarf es keines abstrakten Computerrechts, sondern eines Rechts, das verwurzelt ist, ein Recht, das die Verbindungen zu Kultur und Religion nicht kappt oder abschneidet. Es bedarf Rechtssetzer, Parlamentarier, die den Mut haben, sich selbst zu prüfen und selbst zu vergewissern, ob das geschaffene Recht auch einem christlich verstandenen Menschenbild standhält.

„Man kann die Welt nicht mit dem Evangelium regieren“, das verkündete schon Martin Luther, der große Reformator. Aber klar ist auch, die religiös-weltanschauliche Neutralität unseres Staates bedeutet keine Wertneutralität der staatlichen Ordnung. Bei den Gründervätern der Bundesrepublik herrschte die Überzeugung, dass der Abfall von Gott den Weg freigemacht hat für ein schrankenloses Machtsystem von tiefster menschlicher Erniedrigung: der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Und mit dem Zerfall kommunistischer Systeme in Osteuropa vor 25 Jahren, ist die Zerbrechlichkeit eines künstlich selbstgeschaffenen Wertesystems erneut offenkundig geworden. „Der Versuch den Himmel auf Erden zu verwirklichen, führt stets in die Hölle.“ So Sir Karl Popper.

Deshalb meine ich: Wer christliches Leben aus der Öffentlichkeit verbannen und in die Sakristei zurückdrängen will, legt die Axt an seine eigenen Wurzeln.

Auf den Punkt brachte es Hermann Ehlers, der erste Präsident des Deutschen Bundestages im Jahr 1953: „Der Staat lebt nicht von den Weisungen der Kirche, sondern von den Früchten ihrer geistigen Existenz.“

Wir brauchen christliche Werte wie Solidarität, Hilfsbereitschaft und Nächstenliebe mehr denn je.

Die Diskussion, über Flüchtlinge überlagert alle anderen aktuellen politischen Themen. Eine der Ursachen, vielleicht sogar eine der entscheidenden Ursachen von Flucht ist, die Abwesenheit von Recht und Gesetz in vielen Herkunftsländern, weil Krieg und die Durchsetzungskraft des Stärkeren Recht und Gerechtigkeit zerstört haben. Deshalb verlassen viele ihre Heimat. Oder auch, weil Recht für den Einzelnen immer schwerer zu erreichen ist, bedroht durch Korruption, Willkür, oder Unfähigkeit. Deshalb suchen viele in Deutschland, in Europa ihr Recht und wir müssen mit unserer Rechtsordnung sorgsam und behutsam umgehen und rechtsstaatlich zustande gekommenes Gesetz achten.

Der Schutz der Würde aller Menschen, egal welcher Herkunft, welchen Geschlechts oder welchen religiösen Bekenntnisses ist ein sichtbares Fundament einer klaren Werteorientierung und die Basis Europas. Europa darf sich nicht von seinen Wurzeln, dem christlichen Menschenbild distanzieren. Vielmehr muss die Politik in Deutschland und in Europa die christlichen Wertegrundlagen nutzen für Entscheidungen von großer Tragweite, die uns bevorstehen.



**Rede**  
**des Vizepräsidenten des Deutschen Bundestags**  
**Johannes Singhammer**  
**anlässlich der Feierstunde**  
**zum 25. Jahrestages der Wiedervereinigung**  
**am 14. September 2015**  
**im Alten Rathausaal in München**

## Anrede

wir alle freuen uns, weil Deutschland vor 25 Jahren auf der Sonnenseite der Geschichte angekommen ist und sich alle Deutschen in Ost und West als Glückskinder der Freiheit fühlen können. Seit dem 13. August 1961 waren Berlin, Deutschland und Europa geteilt und zertrennt. 136 Menschen wurden an der Berliner Mauer unmittelbar getötet. 251 Reisende starben während oder nach Kontrollen an Grenzübergängen. 1347 Menschen verloren ihr Leben an der Innendeutschen Grenze, jedenfalls sind so viele Tote bekannt geworden.

Am 15. Juni 1961 sagte Walter Ulbricht auf einer internationalen Pressekonferenz: „Niemand hat die Absicht eine Mauer zu errichten.“. Vor 26 Jahren im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zum 40jährigen Bestehen der DDR sagte Erich Honecker: „Die Mauer wird noch 100 Jahre stehen, den Sozialismus in seinem Lauf halten weder Ochs noch Esel auf.“. Wir alle wissen, der erste Satz von Walter Ulbricht war gelogen und die zweite Aussage von Erich Honecker war eine totale Fehleinschätzung.

Am 9. November 1989 fiel die Mauer und am 3. Oktober 1990 war Deutschland wieder vereinigt. Die deutsche und europäische Wiedervereinigung war ein Triumph der Freiheit. Möglich wurde dieser Triumph durch den Mut und die Entschlossenheit der Menschen der damaligen DDR, die sich überall in den Städten und Gemeinden gegen die Diktatur erhoben, die sich nicht durch



Drohungen und Gewalt einschüchtern ließen. Als sie in Leipzig oder in Ostberlin erst den Machthabern zugerufen haben: „Wir sind das Volk!“ und dann der Diktatur entgegen geschleudert haben: „Wir sind ein Volk.“.

Die Menschen in Deutschland waren aber nicht allein. Die Vereinigten Staaten von Amerika standen immer an unserer Seite. Es war der Präsident der Vereinigten Staaten Ronald Reagan, der 1987 in Berlin den prophetischen Satz aussprach: „Herr Gorbatschow reißen sie die Mauer ein.“.

Und ohne Michael Gorbatschow und seine weitsichtige Politik wäre die Deutsche Einheit nicht möglich gewesen. Mein Dank gilt auch den anderen alliierten Siegermächten, den Franzosen und den Briten, die als Schutzmächte für Berlin fungierten.

Mein Dank gilt den Menschen in Polen, die in der Solidarność-Bewegung der Unterdrückung im Osten Europas zu allererst den Kampf angesagt haben. Und ich denke niemand in Deutschland vergisst den Beitrag der Ungarn, die im Sommer 1989 die Stacheldrahtgrenze öffneten, mit dem legendären Picknick bei Sopron/Ödenburg.

Und an dieser Stelle ist es auch angemessen und nötig, Helmut Kohl, den Kanzler der Deutschen Einheit und Ehrenbürger Europas zu würdigen und diesem zu danken. Helmut Kohl hat mutig und im richtigen Augenblick maßvoll und entschlossen, die historische

Chance, das nur kurze Zeit offene Fenster, für die Deutsche Einheit genutzt.

Und Helmut Kohl hatte einen Mitgestalter der Deutschen Einheit, der maßgeblich am Gelingen der Deutschen Einheit seinen unauslöschlichen historischen Verdienst hat: Theo Waigel.

Wie war die Situation 1989?

Nach dem am 9. November die DDR wie ein Kartenhaus zusammengebrochen war, wurde schnell deutlich: Je länger die DDR selbstständig bliebe, desto mehr Menschen würden das Land verlassen. Abwarten und Zögern wären verhängnisvoll gewesen. Der damalige Finanzminister Theo Waigel hatte eine Herkulesarbeit zu schultern: Das Ausmaß der Zerrüttung der DDR überstieg alle Befürchtungen. In der internationalen Statistik der Wirtschaftskraft war die DDR auf Platz 10 geführt worden. Tatsächlich war der Bankrott total. Dann wurde die Wirtschafts- und Währungsunion aus dem Boden gestampft: Untrennbar verbunden mit dem Namen Theo Waigel. Sie gab den Menschen in den neuen Ländern seit dem ersten Juli 1990 ehrliches Geld für ehrliche Arbeit und damit Gewissheit: Anstrengung lohnt sich. Theo Waigel gab den Startschuss für eine großartige Aufbauleistung für die es keinen historischen Vergleich gibt. Wenn wir heute durch Dresden, Erfurt oder Görlitz fahren, sieht man keine zerfallenen Innenstädte mehr, sondern neuen Glanz. Und ich sage: „Wir alle können stolz sein, auf einen großen Baumeister der Deutschen Einheit, Theo Waigel, der die finanzielle Struktur der

Einheit gelegt hat. Dankeschön. Wir sind stolz darauf, dass Du Theo Waigel, hier die Festrede halten wirst.

Theo Waigel hat am 9. Oktober 1990 wenige Tag nach der Deutschen Einheit, den ersten völkerrechtlichen verbindlichen Vertrag unterzeichnet, den das vereinigte Deutschland mit einem anderen Staat abschloss. Er unterzeichnete das von ihm mit dem stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Sitarjan ausgehandelte sogenannte Überleitungsabkommen, das den Abzug aller sowjetischen Streitkräfte von deutschem Boden regelte. Vor einigen Jahren hat Theo Waigel mit Stolz Bilanz ziehen können. Und damals gesagt: „Für 15 Milliarden Mark ist es gelungen, dass 600.000 Russen Mitteleuropa verlassen haben, tausende von Atombomben abgezogen wurden, über 20.000 Panzer zerstört wurden und die Raketen nicht mehr auf uns gerichtet sind.“

In diesen Tagen der Gestaltung der Deutschen Einheit hast Du lieber Theo, immer wieder erwähnt wie sehr Dich in dieser Zeit der Refrain eines Liedes bewegte, als die letzten sowjetischen Soldaten gingen, als Generaloberst Burlakow die Schlüssel der sowjetischen Garnison von Karlshorst überreichte: „Deutschland wir reichen dir die Hand und kehren zurück ins Heimatland.“.

Die deutsche Wiedervereinigung zeigt, dass es Durchhaltevermögen und Entschlossenheit braucht, auch wenn es viele Jahre dauern mag. Resignation vor einer Realität, welche die Menschenwürde mit Füßen tritt und die Freiheit den Menschen verweigert, kann niemals unsere Politik sein.

Manche mögen sich noch erinnern an die Zeit vor 1989.

Die Wiedervereinigung wurde noch im Jahr 1989 von ernstzunehmenden Politikern und Medien als Lebenslüge und friedensstörend bezeichnet.

„Unerträglich wäre die Fortsetzung öffentlicher Sonntagsrederei, wonach die Wiedervereinigung vordringlichste Aufgabe bleibt. Dass ist objektive und subjektiv Lüge, Heuchelei, die uns und andere vergiftet, politische Umweltverschmutzung.“

„Ein wiedervereinigtes Deutschland wäre für unsere Nachbarn ... nicht akzeptabel. Das Wiedervereinigungsgebot im Grundgesetz wäre in seiner Konsequenz ein Unglück für das deutsche Volk. Ich kann mir nicht vorstellen, welche Vorteile die Deutschen aus einer Wiedervereinigung hätten...“

Es ist gut, dass die Menschen, das Volk in Deutschland, wenige Monate später anders entschieden haben.

Eine bedeutende Rolle kam damals dem ehemaligen Außenminister Hans-Dietrich Genscher zu: Vor 25 Jahren, im September 1990, wurde in Moskau der Zwei-plus-Vier-Vertrag unterzeichnet. Er gilt als einer der wichtigsten Meilensteine auf dem Weg zur Deutschen Einheit und wird gerne als "diplomatische Meisterleistung" bezeichnet. Mit der

Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrages am 12. September 1990 wurde der Weg zur Wiedervereinigung geebnet.

Die richtigen Worte hat später Willy Brandt gefunden: „Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört.“

Vor wenigen Tagen haben wir dem 100. Geburtstag von Franz Josef Strauß gedacht und gefeiert. Franz Josef Strauß hat immer für die Einheit gekämpft. Sie aber nicht mehr erlebt. Er war auch ein entscheidender Fels in der Brandung. Mit seiner Klage vor dem Bundesverfassungsgericht, hat er die Tür zur Deutschen Einheit für die Menschen in den neuen Bundesländern offen gehalten und die Menschenrechte für alle bewahrt.

Und auch wir alle können stolz sind, ohne einen verantwortlichen Patriotismus wären diese Wiedervereinigung und der Prozess des Zusammenwachsens nicht möglich gewesen. Mit enormen Finanztransfers von bis zu zwei Billionen Euro, mit einem Solidaritätszuschlag, aber auch mit dem wunderbaren Willen der Menschen in den neuen Bundesländern ein gemeinsames Deutschland aufzubauen.

Die Wiedervereinigung war ein nationales Ereignis, eine nationale Bewährungsprobe. Patriotismus pur. Manche sagen, der Appell an eine nationale Kraftanstrengung sei in den darauffolgenden Jahren überflüssig geworden. Die Beschwörung nationaler Verpflichtungen sei historisch überholt.

Doch jetzt im September 2015 wird in der Politik plötzlich wieder von einer nationalen Kraftanstrengung gesprochen. Von einer nationalen Kraftanstrengung zur Bewältigung des Flüchtlingszustroms:

Ich sage: Ja wir müssen uns als Nation anstrengen, die Menschen bei uns haben ein weites Herz. 800.000 Flüchtlinge oder gar 1 Mio. in diesem Jahr aufzunehmen.

In keinem anderen Land werden Flüchtlinge mit einem Spalier klatschender Menschen so willkommen geheißen, wie in Deutschland.

Ohne nationale Verantwortung, ohne Identität und Zusammengehörigkeitsgefühl sollte es auch kaum möglich sein, die neuen, die riesigen, die dramatischen Herausforderungen in den nächsten Wochen zu bewältigen.

Aber jetzt schlägt auch die Stunde von Europa.

Gleichzeitig sehen und spüren wir genau jetzt die Grenzen des Nationalstaats. Flüchtlingsodysseen können nicht nationalstaatlich gelöst werden, sondern nur europäisch. Wir brauchen Europa und einen neuen Schub für das gemeinsame Europa. Wenn aber von jedem Partner unterschriebene europäische Verträge jeden Tag vor aller Augen in mehreren tausend Fällen missachtet werden, wenn Flüchtlinge von erstaufnehmenden Staaten ohne Registrierung einfach weitergeschickt werden, wenn Dublin III gebrochen wird, dann besteht die Gefahr, dass sich Europa selbst zerstört.

25 Jahre nach der deutschen und europäischen Wiedervereinigung dürfen unsere Nachbarn in der europäischen Union Deutschland, Schweden und andere Staaten mit der Bitte um Solidarität nicht alleine lassen. Es ist kein besonderes Zeichen der Solidarität, wenn das große und stolze Polen in etwa so viele Flüchtlinge aufnimmt, wie alleine die Landeshauptstadt München.

Die Menschheitsgeschichte ist im Kern eine Wanderungs- und Migrationsgeschichte. Dabei sehnen sich die Menschen seit alters her nach einer sicheren Heimat, die sie nicht mehr verlassen müssen.

Die Zahlen der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, sind enorm:

- 200.000 vergangenes Jahr
- 800.000 dieses Jahr

Rund 700.000 abgelehnte Asylbewerber halten sich bereits jetzt schon zusätzlich in Deutschland auf, weil sie aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht abgeschoben werden können.

Nach Prognosen werden in der Regel pro Flüchtling aus Syrien noch ca. 3 Familienangehörige aus Syrien nachkommen.

Wir können nicht als Bundesrepublik auf Dauer bei 28 EU-Mitgliedsstaaten beinahe sämtliche Flüchtlinge aufnehmen.

Die Zahlen zeigen:

Deutschland allein kann es nicht schaffen.

Wenn aus Saudi-Arabien der Vorschlag kommen sollte, den Bau von 200 Moscheen in Deutschland durch finanzielle Unterstützung voran zu treiben, muss Europa auch hier zusammen stehen und andere Nationen an ihre Verantwortung erinnern. Diese Verantwortung kann aber nicht sein, 200 Moscheen zu bauen, sondern auch Flüchtlinge selbst aufzunehmen.

Wir freuen uns, dass wir in Deutschland, aber auch in Europa, wiedervereinigt sind. Aber wir spüren auch diese Verantwortung. Die Verantwortung mit dieser glücklichen Fügung der Geschichte umzugehen. Auch 25 Jahre danach war und ist die deutsche Wiedervereinigung nicht nur ein deutsches, sondern auch ein europäisches Ereignis. Uns hieran zu erinnern, ist unsere Verpflichtung, auch 25 Jahre danach.



**Rede des**  
**Abgeordneten Johannes Singhammer, MdB**  
**- Sterbebegleitung -**  
**im Plenum am 2. Juli 2015**

Anlässlich der Ersten Lesung der Gesetzentwürfe zum Thema  
„Sterbebegleitung“

Der Tod ist der größte Feind der Menschheit und kein Gesetz kann ihn besiegen.

Das Sterben allerdings kann der Mensch beeinflussen oder gar gestalten und die Würde der letzten Lebensphase gesetzlich schützen. 900.000 Menschen werden in diesem Jahr in Deutschland sterben und keiner von uns weiß, wann ihm die letzte Stunde schlägt. Aber eines wissen wir: Die Menschen sind angesichts des nahenden Todes in einer Phase der größten Schwäche und brauchen deshalb besonderen Schutz und liebevolle Begleitung. Der Deutsche Bundestag führt eine anspruchsvolle Debatte mit erheblich unterschiedlichen Lösungsvorschlägen, aber mit einer großen Ernsthaftigkeit.

Ich möchte werben für den Gesetzesvorschlag, welcher die geschäftsmäßige Förderung der Selbsttötung verbietet.

Leben bedeutet Selbstbestimmung und Autonomie. Der Tod ist das Ende jeglicher Selbstbestimmung und Autonomie. Die Phase vor dem

Tod das heißt wachsender Autonomieverlust. Wie wir bei schwindender Selbstbestimmung die Würde bewahren, das ist einer der Kernpunkte der heutigen Debatte. Ich sage, Sterben ist höchstpersönlich. Eignet sich nicht zum Alltagsgeschäft. Und die Möglichkeit des Sterbens auf Bestellung unter welchen und wie immer engen Voraussetzungen ist wenig geeignet, individuelle Selbstbestimmung zu verwirklichen, sondern birgt die Gefahr, einen Erwartungsdruck wachsen zu lassen, auch wenn er nicht gewollt ist. Nützlichkeitsabwägungen für eine Rechtfertigung des Lebens darf es nicht geben.

Eine ärztliche Beihilfe zur Selbsttötung ist keine Lösung. Der immer wieder beschworene hippokratische Eid der Ärzte - von vor fast 3.000 Jahren erstmals gesprochen - lautet eindeutig und klar: „Ich werde niemanden ein tödlich wirkendes Gift geben und auch keinen Rat dazu erteilen.“. Dies ist Grundlage jedes ärztlichen Standesrechts in Deutschland. Die Beihilfe zur Selbsttötung für Ärzte mit einer gesetzlichen Norm zu öffnen, wäre problematisch. Allen enggefassten Voraussetzungen, Beratungspflichten zum Trotz würde eine solche Form das grundsätzliche Verständnis und das Verhältnis Arzt-Patient gravierend verändern. Das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient wäre mindestens gestört. Ärzte wollen das Leben erhalten, die Gesundheit schützen und möglichst wieder herstellen, Leiden lindern sowie Sterbenden Beistand leisten. Die Ärzte sollen daher nicht Hilfe zu einem gesteuerten Sterben leisten, sondern Menschen im Sterben begleiten.

Wir wollen, dass sich für Angehörige an der gegenwärtigen Rechtslage nichts ändert.

In einem neuen § 217 Abs 2 des Strafgesetzbuches schlagen wir vor, dass straffrei bleibt, wer Angehöriger ist. Das bedeutet unter keinen Umständen eine Ermächtigung für Angehörige bei der Selbsttötung mitzuwirken. Es soll dabei auch nicht eine Grauzone geschaffen werden. Vielmehr wird ein Verantwortungsbereich beschrieben, der sich mit seinen unterschiedlichsten, nicht vorhersehbaren Lebenssachverhalten einer kasuistischen Paragraphenregelung entzieht. Gesetze zu schmieden, die in der Praxis wenig Wahrscheinlichkeiten haben, umgesetzt zu werden, machen wenig Sinn.

Das Verbot der geschäftsmäßigen Beihilfe zum Suizid und der umfassende Aufbau einer Palliativ- und Hospizversorgung gehören untrennbar zusammen. Darüber besteht hier im Deutschen Bundestag nach meiner Einschätzung eine große Übereinstimmung. Eine bessere Palliativversorgung verringert den Wunsch sogenannter Sterbehilfe, weil dadurch dem Sterbenden mehr Schmerzfreiheit und mehr Selbstbestimmung gegeben werden. Es lohnt sich jede Anstrengung dem Sterbenden dabei zu helfen, wann immer es geht, seine Verzweiflung zu nehmen, nicht sein Leben.

Das menschliche Leben von seinem Anfang bis zu seinem Ende zu schützen, muss Vorrang haben gegenüber jeden Art von Nützlichkeits- oder Geschäftsdenken.

Keiner von uns weiß, wann und wie er sterben wird. Alle von uns hoffen am Lebensende geborgen, aufgefangen, selbstbestimmt und schmerzfrei bis zum Schluss leben zu können. Das wollen wir mit unserem Entwurf unterstützen. Als Christ sage ich für mich persönlich, aber auch: Ich hoffe auf ein gnädiges Ende.